

VEREINS-ANZEIGER

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weissbinder,
sowie der freien eingeschr. Hilfskasse Nr. 71 vorstehender Gewerbe.
Redaktion und Expedition: Hamburg 22, Schmalenbeckerstrasse 17, Telephon Amt III, 3622.

Kollegen! Agitiert mit allen Kräften für die Stärkung unserer Organisation! • • Nutzt die günstige Zeit aus! • •

Posadowskys Abschied und die Fortführung der Sozialpolitik.

II.

Wenn wir auch den Rücktritt des Grafen Posadowsky im Interesse einer gesunden Sozialpolitik bedauern, so müssen wir uns doch mit den Tatsachen abfinden. Wir wenden unsere Blicke in die Zukunft und wollen die Frage erörtern, wie wohl die weitere Entwicklung des sozialpolitischen Kurzes verlaufen wird. Daß eine Aenderung dieses Kurzes eintreten wird, erscheint als eine Selbstverständlichkeit. Wir halten es einfach für unbedenklich, so schrieb die Scharmacherpresse, daß dem neuen Staatssekretär die Verpflichtung auferlegt wäre, die Sozialpolitik seines Vorgängers in allen ihren Teilen nach dem gleichen Rezept fortzuführen. Gewiß werden wir nicht einen mit Pauken und Trompeten in Szene gesetzten Systemwechsel erleben. Aber das möchten wir bis zum Beweise des Gegenteils immerhin annehmen, daß wenigstens den schlimmsten Bedenken, die das System Posadowsky hervorgerufen hat, ohne viel Aufhebens Rechnung getragen wird. Was dies für Bedenken sind, wissen unsere Leser.

Ueber die nächsten Folgen des Ministerwechsels sind sich die Freunde des früheren Staatssekretärs keineswegs einig. Die „Nölnische Volks-Zeitung“, das führende Organ der Zentrumslente, äußert sich als schwarzseherisch in nachstehenden Sätzen: „Die unmittelbare Wirkung der Entlassung Posadowskys wird sein: entweder voller Stillstand der Sozialreform oder Verzögerung der Fortführung um zwei bis drei Jahre.“

Wenn nun auch der neue Staatssekretär kein Scharmacher ist, so bedeutet doch Posadowskys Sturz ein Zugeständnis an die Scharmacher. Auf absehbare Zeit haben die Scharmacher Ruhe. Die schönen Reden des Reichskanzlers über die Weiterführung der Sozialreform beunruhigen sie nicht. Fürst Bülow hat auf diesem Gebiete seit Jahren nur Worte gesagt. Man braucht nur die markante Tatsache hervorzuheben: wie freundlich hat man im Januar 1904 die christlich-nationalen Arbeiterführer empfangen und ihnen alles zugezagt. Ueber drei Jahre sind verfloßen und nicht ein Wort ist eingelöst, obwohl im Reichstage stets eine Mehrheit für die Verwirklichung der betreffenden Arbeiterwünsche vorhanden war. Auch im neuen Reichstage hat der Reichskanzler mit Worten und „Gedanken“ nur um sich geworfen. Denjenigen, der sie zur Tat machen kann, den schickt man aus. Was ein Nachfolger leicht eingearbeitet hat, dauert es mehrere Jahre, und so lange steht der Wagen still, wobei noch vorausgesetzt ist, daß der neue Kutscher die Bahnen seines Vorgängers wandeln will. Vermutlich wird man dem „neuen Kutscher“ die Richtung anweisen, in der er den Wagen vorwärts bringen soll.

Diesem Pessimismus gegenüber gefällt sich die „Soz. Praxis“, das Organ der „tätkräftigen Sozialpolitik“, wie sie sich gerne nennt, in einem forzierten Optimismus, indem sie schreibt: „Bedeutet Posadowskys Abschied eine Wendung in der Sozialpolitik? Soll auf die letzten Jahre der letzten Zeit eine andauernde Aufbruchstimmung folgen? Oder gar eine Zeit der Reaktion, der Verschärfung des Zwanges gegen die Arbeiterbewegung, der Ausnahmegebäude gegen die Sozialdemokratie? Daß mächtige Gruppen, sowohl politische wie wirtschaftliche, nach dieser Richtung treiben, ist unzweifelhaft. Aber wir haben allen Grund, daß die maßgebenden Personen ihrem Drängen widerstehen. Es ist nicht wahr, wie ein konservatives Blatt behauptet, die Gründe der Entlassung des Grafen Posadowsky lägen in Meinungsverschiedenheiten mit dem Reichskanzler auf sozialpolitischem Gebiete. Im Gegenteil: Fürst Bülow und Graf Posadowsky haben wiederholt öffentlich erklärt, daß sie eines Sinnes und Willens in der Sozialreform seien. Und wir wissen auf das Bestimmteste, daß dies die volle Wahrheit ist. Die Gründe für den Rücktritt des Staatssekretärs liegen in der ganzen politischen Situation. Es wird dem Kaiser und dem Fürsten Bülow schwer genug fallen, auf die Dienste, die eminente Arbeitskraft, den unermüdeten Fleiß, das unererschöpfliche Wissen dieses Staatsmannes zu verzichten. Und nun es geschehen ist, wird man ihn noch oft vermissen, und der Sozialpolitiker wird stets mit Dankbarkeit seiner Gedanken, mit tiefem Bedauern sein

Scheiden beklagen. Nun, Graf Posadowsky, der sich selbst mit Stolz den Minister für Sozialpolitik genannt hat, gegangen ist, tritt der Reichskanzler selbst ein in die Leitung der sozialpolitischen Entwicklung. Eine so starke Persönlichkeit wie Graf Posadowsky mit seiner großen Erfahrung und Autorität hinterläßt eine Lücke, die nur durch den Reichskanzler selbst ausgefüllt werden kann. Nicht nur staatsrechtlich, sondern auch tatsächlich fällt ihm jetzt die Verantwortung zu. Er hat an die Spitze des Reichsamts des Innern den Minister von Bethmann-Hollweg berufen, dessen Position im Reich durch die Uebertragung der allgemeinen Stellvertretung des Kanzlers und in Preußen durch die Vicepräsidentenschaft im Staatsministerium gestärkt ist. Der neue Staatssekretär hat sich bei wiederholten Gelegenheiten als ein Mann von moderner Lebensauffassung, von feiner Bildung und humaner Gesinnung gezeigt. Er hat ein volles Verständnis für die regierenden Kräfte staatlicher Gesetzgebung und die gesunden Triebe organisierter Selbsthilfe bewiesen. Ein freier Sinn verschmäht die Fesseln ängstlicher Bevormundung und bürokratischer Kleinlichkeit. Wenigstens sprechen seine Reden dafür, die Liste seiner Taten ist bis jetzt heideiden. Ob er der Mann ist, die großen sozialpolitischen Probleme, die der Lösung harren, im Sinne einer wahren Reform zu behandeln, muß man abwarten. Er wird, davon sind wir überzeugt, bei unseren Gesinnungsgenossen ehrlichen guten Willen und lokale Mitarbeit finden. Wir wollen hoffen, daß das Wort des Reichskanzlers, das er zu Herrn von Bethmann-Hollweg am Tage nach der Hauptwahl angesichts der Niederlage der Sozialdemokratie gesprochen hat: „Nun müssen wir erst recht Sozialpolitik treiben!“ bei dem neuen Staatssekretär des Innern volle Zustimmung und tatkräftige Unterstützung findet.“

Wir müssen gestehen, daß wir diese Hoffnungslosigkeit nicht zu teilen vermögen. Die unfruchtlichen Anzeichen, die einen neuen Kurs andeuten, mehrten sich. Da ist vor allen Dingen das Anstreben, die Sozialpolitik zu einer verschwommenen Wohlfahrtspolitik umzugestalten, die dem Arbeiter Wohlstand zuwendet, ihm aber dafür Rechte nehmen will. Da ist ferner das Bestreben, durch einen verstärkten Schutz der Arbeitswilligen und eine Beschränkung des Koalitionsrechts in die unheilvollen Bahnen des Buchhändlergesetzes ungelassen einzulenken. Endlich ist da noch das Bestreben, durch Begünstigung der gelben Gewerkschaften die Arbeiterbewegung lahm zu legen und die deutschen Arbeiter zu entmannen. Ganz deutlich tritt in den oberen Regionen die Neigung hervor, die Selbstbefreiung des Proletariats zu hemmen, den Drang nach Emanzipation zu ersticken und durch Rückkehr zu dem System des Patriarchalismus die Arbeiter zu artigen Kindern zu erziehen, die sich gängeln lassen und die Hand führen, die ihnen Wohlstand erzeigt. Sollte dies Bestreben Erfolg haben — woran wir allerdings zweifeln — so hätte die Regierung geübte Untertanen und die Kapitalproben willenlose Ausbeutungsobjekte.

Aber nicht nur die Scharmacher unter den Kapitalproben erwarten von dem neuen Kurse eine Förderung ihrer Interessen, sondern auch die Mittelstandslente erscheinen auf der Bildfläche und stimmen ihr bekanntes Gewinsel um geneigte Berücksichtigung an. Sie wiederholen ihre tauendmal widerlegte Behauptung, daß Posadowsky in seinem sozialpolitischen Feuerifer den Blick für das Wohl des Mittelstandes verloren habe, er sei stets zugeknöpft gewesen und habe sich gegen ihre berechtigten Forderungen ablehnend verhalten. Das mußte jetzt anders werden und sein Nachfolger sei verpflichtet, eine verständige Mittelstandspolitik zu treiben.

Die Mittelstandslente, diese „bewährten Stützen von Thron und Altar“, wittern Morgenluft und ahnen den bevorstehenden Umwälzung in der Sozialpolitik. Sie wollen sich die bisherige Vernachlässigung nicht mehr gefallen lassen und verlangen dringend ihre Bezahlung dafür, daß sie national und regierungsfreundlich gewählig haben. In einer Zuschrift an die konservative „Deutsche Tageszeitung“ wird Posadowsky dafür verantwortlich gemacht, daß die sämtlichen reaktionären Forderungen des Mittelstandes so wenig berücksichtigt worden seien: „Ihn schienen als sein höchstes Ideal die englischen Zustände vorzuwachen. Die Großkapital, das seinen Weg sich selbst zu bahnen weiß — die Arbeiterwelt, dem der Staat sein ganzes Interesse zuzuwenden hat! Der Mittelstand schied für ihn anscheinend völlig aus. Wann auch immer es im Parlament sich um Mittelstandsfragen handelte, er blieb

den Forderungen desselben gegenüber zugeknöpft und reserviert. Im Februar 1903 sagte er über das Handwerk: „Was nicht mehr zu beleben ist, das kann nicht mehr belebt werden, man kann z. B. nicht den Befähigungsnachweis einführen, da dieser jetzt mit unserer ganzen wirtschaftlichen Entwicklung nicht mehr vereinbar ist.“ Und unmittelbar darauf suchte er in einer zweiten Rede den Nachweis zu führen, daß es dem Mittelstande gar nicht so schlecht gehe.

Posadowsky war eben zu viel Sachmann und zu viel Kenner des wirtschaftlichen Lebens, um glauben zu können, daß die vielgepriesene Mittelstandsretterei Zweck habe und Erfolg verspreche. Er mußte ganz genau, daß wir unaufhaltsam den Grofbetriebe zudrängen und er verschmähte es — gerade wie es die Sozialdemokratie auch verschmäht — dem kleinen Handwerker und dem kleinen Geschäftsmann Hoffnungen zu machen, die sich nicht erfüllen lassen. Dafür bekommt er nun von den Mittelstandsrettern den üblichen Gesellschaftstritt. Und dann heißt es in dem erwähnten Artikel weiter: „Wird der neue Staatssekretär die eingeleitete Bahn seines Vorgängers weiter beschreiten, wird seine Fürsorge auch in erster Linie nur dem Arbeiterstande gelten, oder wird er eine den maßvollen und deshalb gerechtfertigten Wünschen des Mittelstandes entgegenkommende Politik einschlagen? Man schilt Herrn v. Bethmann-Hollweg als einen konservativen Mann mit modernen Anschauungen. Das bietet hoffentlich schon eine Gewähr dafür, daß er dem Bemühen, dem Mittelstande wieder eine bessere Existenz zu verschaffen, kein Hindernis entgegenzusetzen wird. Hat er doch als preussischer Minister des Innern den Wünschen des Mittelstandes, wo es ging, Rechnung getragen. Wir erinnern nur daran, daß die Petitionen an ihn um Einschränkung der Gefängnisarbeiten nicht ganz ohne Erfolg geblieben sind und daß auch verschiedene mittelstandsfreundliche Maßnahmen der Provinzialbehörden auf sein Konto zu setzen sein dürften. Der Mittelstand ist nicht gewöhnt, überschwängliche Hoffnungen auf Staatshilfe zu setzen, aber unumwunden bringt er dem neuen Staatssekretär das Vertrauen entgegen, daß er als Leiter eines der größten und bedeutungsvollsten Reichsamts und als Vertreter des Reichskanzlers und des Ministerpräsidenten seinen Einfluß auch auf die übrigen Ressorts dahin geltend zu machen bestrebt sein wird, daß die Erklärung des Fürsten Bülow in seiner Programmrede im neuen Reichstage, daß die verbündeten Regierungen auch dem Mittelstande die nötige sozialpolitische Fürsorge angedeihen lassen wollen, zur Tat wird; daß er ferner aber auch den Reichskanzler darüber aufklärt, daß die Forderungen des Mittelstandes sich in vollkommenen verständigen Grenzen bewegen, und daß mit der Fürsorge für den Mittelstand nicht erst nach Beendigung der Arbeiterwohlfahrtspflege begonnen werden darf, sondern daß beide gleichzeitig nebeneinander bestehen können.“

Die klassenbewußten Arbeiter sehen dem neuen sozialpolitischen Kurse mit Interesse, aber auch mit Mißtrauen entgegen. Sie betteln nicht um die Gunst der Regierung und um die Gnade von oben; sie verlassen sich auf ihre eigene Kraft, weil sie wissen, daß nur der ein menschenwürdiges Dasein verdient, der es sich erkämpft. Durch Kampf zum Sieg! — heißt die Parole unter dem alten Kurse und unter dem neuen.

Die Gewerkschaftsorganisation und die Lohnfrage.

I.

Überall im wirtschaftlichen Leben stehen sich feindliche Mächte gegenüber; dies ist durchaus keine Erscheinung der Neuzeit, die Geschichte zeigt uns dies an hinreichenden Beispielen, die bis in das graue Altertum zurückreichen. Es sei hier nur an die feindselige Haltung der alten römischen Patrizier gegenüber den Plebejern erinnert; die Plebejer suchten hier schon auf Kosten der Armen sich das Leben zu verschönern und nach diesen antiken Mustern handelt auch noch die besitzende Klasse der Neuzeit.

Stets waren die Besitzenden die Feinde der Nichtbesitzenden und wo die Besitzlosen nicht gerade an chronischem Mißsinn litten, da erkannten auch sie ihre Feinde und suchten sich in gegenseitigem Einverständnis durch gegenseitige Unterstützung ihrer Haut zu wehren. Die Besitzlosen, insofern sie von den besitzenden Klassen abhingen, bildeten denn auch schon in alten Zeiten geschlossene Vereinigungen, um durch die Macht des Besitzes nicht erdrückt zu werden.

Bereits im alten Rom bildeten sich Sklavenerreinigungen zur Wahrung der Lebensinteressen; solche Vereini-

gungen haben in damaliger Zeit vielfach Nachahmung gefunden. Bekannt sind die Vereinigungen des arbeitenden Volkes in Spanien, die sogenannten „Brüderschaften“, welche sich bereits im 13. Jahrhundert bildeten, um hier zunächst gegen die Uebergriffe des reichen Adels Front zu machen. Eine Reihe spanischer Städte schlossen sich zusammen und vereinbarten, daß sie von keinem Abtgen oder Vasallen der Krone gelehridrige Bedrückung dulden, sondern solche durch Widervergeltung bestrafen und zwar einer für alle und alle für einen stehen wollten. Diese „Brüderschaften“ umfaßten nicht nur, wie die Zünfte, die Meister der betreffenden Gewerbe, sondern alle ihre Angehörigen — Gesellen, Diener, Kasträger, Fuhrleute usw. — d. h. das eigentliche Arbeiterelement der Städte.

Durch mehrere Jahrhunderte hindurch bestanden diese „Brüderschaften“ zu Schutz und Trutz vereinigt unter dem Namen der „Heiligen Hermandad“; im Leben des spanischen Volkes haben sie eine bedeutende Rolle gespielt. Ursprünglich waren es wohl Vereinigungen zu persönlichen gegenseitigen Hilfeleistungen, wie diese schon früher unter den Sklaven Roms, zur Zeit des Niederganges des Weltreiches bestanden hatten. Es war ein „Fronnenfonds“ vorhanden, aus dem die Mitglieder in Notfällen unterstützt wurden; erst später verbanden sich die einzelnen „Brüderschaften“ der Städte zu „Juntos“, die sich gegenseitig Schutz gegenüber widerfährlicher Gewalttaten gelobten.

Diese „Juntos“ bildeten gewissermaßen auch die Grundlage einer allgemeinen Volksmiliz und dienten sogar zeitweilig zu Polizeizwecken. Unter der Bezeichnung „St. Hermandad“ übernahmen die „Brüderschaften“ die Sorge für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit in den Städten; sie bildeten eine Art Bürgerwehr oder volkstümliche Landespolizei, die sich schließlich über alle Städte und Dörfer des spanischen Königreiches ausdehnte.

Die Königin Isabella war eine praktische Frau und so mußte sie die Macht dieser „Brüderschaften“ aus, um den Uebermut der Großen des Landes in ihrem Interesse zu zügeln. Die Verquickung der Volksinteressen mit den Interessen der Königin war leider nur vorübergehend, denn als die Gefahr vorüber war, da wurde den „Brüderschaften“ die Freundschaft wieder gekündigt. Durch allerhand Hintertüren suchte man das Volk, als man es nicht mehr brauchte, um die ihm zugestanden Rechte zu bringen.

Seine Zeitperiode führt uns zum erstenmale, hoffentlich nicht zum letztenmale, das Proletariat des spanischen Landes als zielbewusste Klasse mit einem bestimmten Programm vor Augen, zwecks Selbstbefreiung vom Joch übermütiger Ausbeuter. Die wachsende Bevölkerung der Manufakturstädte führte den Brüderschaften zahlreiche Elemente zu, für die in den Zünften und Gilden keine Raum war und die darum notwendig auf die Vereinigung in den „Brüderschaften“ angewiesen waren, wollten sie ihre Interessen nicht opfern. In dem Proletariat jener Zeit begann sich immer mehr und mehr die Erkenntnis Bahn zu brechen, daß nicht nur die politische Unfreiheit, sondern auch der mangelnde Besitz, die Ausichtslosigkeit, durch seine Arbeitskraft allein zur Unabhängigkeit zu gelangen, die Ursache des Elends sei. Man suchte deshalb nach Mitteln, um das Uebel an der Wurzel zu fassen, aber erst der neueren Zeit war es vorbehalten, auf dem Wege des Genossenschaftswesens hier Wandel schaffen zu wollen.

Unter der Regierung des „Bürgerkönigs“ in Frankreich war es außer Brodhon namentlich Louis Blanc, der diese Idee zu verwirklichen trachtete, die Versuche scheiterten jedoch, nicht etwa an dem Widerstande der Kapitalisten oder an der Mangelhaftigkeit politischer Macht, sondern an der Unreife der Idee selbst. Nicht die Erkenntnis von der Notwendigkeit der „Organisation der Arbeit“, nicht der bloße Wille, die auf dem Privatbesitz an Produktionsmitteln, Rohstoffen, Maschinen zc. basierte Klassenherrschaft des Kapitals zu beseitigen, kann das Elend des Proletariats aus der Welt schaffen, sondern der Kapitalismus muß erst in sich selbst die Mittel seiner Vernichtung angebahnt haben; er muß aus sich selbst heraus die Basis schaffen, auf der weiter gebaut werden kann.

Zunächst handelt es sich für uns darum, den Indifferentismus zu bekämpfen und straffe Gewerkschaftsorganisationen zu schaffen, die imstande sind, jeder übermütigen

Ausbeutung menschlicher Arbeit Trotz zu bieten; als Beispiel mögen uns jene spanischen „Brüderschaften“ dienen.

Es ist bedauerlich, daß wir keine Mittel besitzen, die Fauten und Tragen, die Indifferenten und Gleichgültigen an ihre Pflicht zu erinnern; wollten wir die Verräter an den Arbeiterinteressen zwingen, sich den Gewerkschaftsorganisationen anzuschließen, dann kämen wir mit dem Staatsanwalt in Konflikt; wir können also nur durch Aufklärung auf die rückständigen Berufsge nossen einwirken. Steier Tropfen höhlt den Stein; endlich muß sich ja doch die Einsicht bei jedem einzigen Lohnarbeiter durchbohren, daß die Verbesserung seiner erbärmlichen, unwürdigen Lage einzig und allein durch den Zusammenschluß aller in einem Berufe tätigen Arbeitskräfte zu erreichen ist. Dies ist nicht etwa eine Ansicht von heute. Bereits im 11. Jahrhundert erkannten dies die Zünfte und sie übten insofern einen Zwang auf ihre Berufsge nossen aus, als derjenige, der ein Handwerk treiben wollte, es nicht außerhalb des Verbandes betreiben durfte; er wurde gezwungen, in die Handwerksverbindung einzutreten, er mußte „mit dem Handwerk dienen“, d. h. die Verpflichtungen gegen seine Berufsge nossen mit übernehmen, er mußte mit dem Handwerk „Lieb und Leid“ tragen. Alle diejenigen, welche glauben, auf eigene Faust ihre Lage verbessern zu können, sind im Irrtum und selbst die Gegner der Gewerkschaftsorganisation, soweit sie volkswirtschaftlich vorgebildet sind und objektiv denken können, müssen zugestehen, daß nur durch die Organisation die Lohnfrage gelöst werden kann.

Die Arbeitersekretariate im Jahre 1906.

Während die organisierte Arbeiterschaft in dem von Jahr zu Jahr sich intensiver gestaltenden Kampfe mit dem Unternehmertum Millionenopfer zu bringen genötigt ist, während manche Behörden im Dienste des Unternehmertums mit feindlichen Schikanen dem Wirken der gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter Einhalt zu tun versuchen, und die Mineure an der Koalitionsfreiheit im Schweiße ihres Angesichtes sich abmühen, die Fundamente der gewerkschaftlichen Organisationen zu untergraben, vollzieht sich ganz geräuschlos und unbeirrt von dem allgemeinen inzentrierten Kesseltreiben gegen die Gewerkschaften die Entwicklung der deutschen Arbeitersekretariate. Für diese fast ausschließlich von der organisierten Arbeiterschaft errichteten und unterhaltenen Institutionen wächst in der erfreulichsten Weise nicht nur das Interesse des Industrieproletariats, sondern sie finden auch volle Sympathie bis in bürgerliche Kreise hinein. Das gemeinsame Wirken der Arbeitersekretariate ist so oft und bei den verschiedensten Gelegenheiten von Gewerbeaufsichtsbeamten, Gewerbe gerichten, Behörden und Sozialpolitikern in aufrichtig lobender Weise erwähnt worden, daß wir mit Berechtigung von allgemeiner Wertschätzung der Arbeitersekretariate in diesen Kreisen sprechen können. Auch in den kommunalen und staatlichen Verwaltungskörperschaften ist das Wirken der Arbeitersekretariate wiederholt Gegenstand der Erörterung gewesen, indem die Vertreter der Arbeiter in den genannten Körperschaften auf die Gemeinnützigkeit dieser Institute hingewiesen und die Notwendigkeit staatlicher und kommunaler Subvention derselben nachzuweisen suchten. Bei aller Anerkennung ihrer Tätigkeit haben aber die Sekretariate bisher nur in verschwindend geringem Maße Unterstützung von den Kommunen und vom Staate gefunden. Solange eben die Arbeiterschaft ihre mit eigenen Mitteln unterhaltenen Institutionen dem Gemeinwohl dienlich macht, wird dieser Gemeinwohl auch von unserm fatten Bürgertum lobend anerkannt; wird aber von den Arbeitern verlangt, daß die Mittel zur Unterhaltung solcher dem Gemeinwohl dienenden Institute auch von der Allgemeinheit getragen werden sollen, dann verwandeln sich die noch kurz vorher mit süßen Worten der Anerkennung gepriesenen Einrichtungen in den Augen bürgerlicher Volksvertreter in sozialdemokratische Unternehmungen, die im Interesse der Staatsverwaltung natürlich nicht unterstützt und gefördert werden dürfen.

So wird denn auch in Zukunft die Erhaltung der Sekretariate Aufgabe der Arbeiterorganisationen sein. Ein Bedürfnis für solche Institute, schreibt mit Recht Genosse

Wir besitzen neuerdings eine gänzlich nüchterne Schilderung, wie Luise für weltgeschichtliche Ereignisse Toilette zu machen pflegte. Kurz vorher hatte sie in Memel den Baren empfangen. Ueber diese Zusammenkunft Alexander I. und Luises schreibt der in allen Fitzangenen der Zeit nach Vena hülft- und ratreiche Stagemann an seine Frau. Er beobachtete die Szene aus dem gegenüberliegenden Fenster. Wir erfahren, daß sich die Königin mit allem Raffinement geschmückt, ehe sie den Gang antrat. Französische Beobachter haben bei der Schilderung der Zilfiter Szene nicht unterlassen, auf die Verwendung roter Gesichtsfarbe aufmerksam zu machen. „Im Schlafzimmer (schreibt Stagemann) sah ich zuerst die Königin ihre Toilette machen; der Morgenanzug, worin sie den Kaiser empfing, war weißer Mousselin mit einem gleichen Schleier an diadema gemunden . . . ein violettes, breites Band statt Gürtel. Der Kaiser kam um 12 Uhr in einem offenen Wagen. Der König empfing ihn . . . und hob ihn mit einer brüderlichen Umarmung aus dem Wagen. Der Kaiser führte sie in ihr Wohnzimmer. Sie war in großer Bewegung, ihr Gesicht glühend, das Schnupftuch in der Hand, mit dem sie sich von Zeit zu Zeit die Tränen zu trocken schien. Der Kaiser stand ehrerbietig vor ihr, freundlich, aber doch viel ernster, als ich ihn mir dachte. Nach 10 oder 15 Minuten ging die Königin in ihr Schlafzimmer, wo sie ihren Tränen freien Lauf ließ. Nach 5 Minuten kam sie wieder, und diese Unterhaltung dauerte bis um halb Eins, wo der Kaiser zu Fuß in seine dicht anliegende Wohnung ging. Der König und die Königin schoben das Fenster ein wenig auf, um Atem zu schöpfen. Sie war sehr heiter geworden. Unsere alte Generalität und Ministerialität, in voller Gala, empfingen ihn vor der Tür. Die Reliquien der Garde paradierten vor dem Hause.“ Genau dasselbe hätte ein Schlafzimmerspion über die Szene von Zilfit schreiben können.

Wirklich sagte die Königin einem (erhaltenen) Text Hardenbergs wörtlich her, oder vielmehr sie versuchte es. Sie begann wie Hardenbergs Entwurf mit der Phrase: „Ich habe nicht die Absicht, mich in politische Angelegenheiten zu mischen, an denen ich niemals Anteil genommen habe, sondern ich will zum Herzen Napoleons als Mutter und Gattin sprechen.“ (Und der ruchlose Mörder hatte doch kein Herz!) Aber Napoleon, der es besser wußte, wollte nicht, daß sich die schöne Frau weiter in derlei Verlegenheitslügen stürzte. Er unterbrach sie und wich allen Versuchen des Hardenbergschen Textbuches, politisch zu reden, aus. Er spielte das Gespräch ins galante und

Brunner, der Bearbeiter der Statistik, ist natürlich in allen Orten vorhanden, in denen ein reges gewerkschaftliches und politisches Leben pulsiert, betont aber auch, daß die Mittel zur Unterhaltung derselben trotz aller Bescheidenheit und Opferwilligkeit der organisierten Arbeiter nur da aufzubringen sind, wo die Organisationen bereits eine gewisse Stärke erreicht haben.

Ueber die Bedeutung und die Tätigkeit der Sekretariate entnehmen wir aus der neuesten Statistik, die vom „Correspondenzblatt“ der Generalkommission veröffentlicht wurde, nachstehende Angaben:

Ende 1906 bestanden 85 Arbeitersekretariate und Rechtsbüros, davon beteiligten sich 83 an der Statistik, Menschlich und Wirklich fehlen. Von den 85 Sekretariaten entfielen auf Preußen 49, auf Bayern 8, auf Württemberg 1, auf Baden 4, Hessen 3, Mecklenburg-Schwerin 1, Sachsen-Weimar 1, Oldenburg 1, Braunschweig 1, Sachsen-Altenburg 1, Coburg-Gotha 2, Meckl. i. V. 1, Lübeck 1, Bremen 2, Hamburg 1, Elsaß-Lothringen 1.

Ende 1905 bestanden 67 Arbeitersekretariate, von denen eins, Charlottenburg, wieder einging. An 70 Sekretariaten sind die Gewerkschaftsartelle finanziell beteiligt. Zur Unterhaltung trugen außerdem bei in 29 Orten die Parteiorganisation, in 13 Orten die Redaktion des Parteiorgans oder sonstige Arbeiterunternehmungen. Die Sekretariate in Rattowitz und St. Johann werden ausschließlich von der Generalkommission unterhalten. Das Sekretariat in Rant erhält Zuschuß von drei Kommunen, das Sekretariat Coburg ist keine gewerkschaftliche Einrichtung, sondern wird gemeinsam von Stadt und Staat Coburg unterhalten. Einen Staatszuschuß erhält auch das Sekretariat Gotha, und zwar jährlich im Betrage von 2000 M.

Die Gesamtzahl der Auskunftsuchen im Jahre 1906 betrug 365 132, davon 293 094 männliche und 52 206 weibliche Arbeitnehmer oder deren Angehörige, 15 341 selbständige Gewerbetreibende und sonstige Personen und 2267 Behörden, Vereine und Korporationen. Von den auskunftsuchenden Personen waren 288 105, gleich 63 Prozent, gewerkschaftlich organisiert; gewerkschaftlich und politisch organisiert waren nach den Angaben von 57 Sekretariaten 39 516 Auskunftsuchende.

In 382 261 Fällen wurde Auskunft erteilt und davon 49 926 Fälle schriftlich erledigt. Die Gesamtzahl der Besuche und schriftlichen Auskunftsgehrde betrug in 82 Sekretariaten 397 250. Die Zahl der Auskunftsuchen ist von 167 363 im Jahre 1901 auf 365 132 im Jahre 1906, und die Zahl der Fälle, in denen Auskunft erteilt wurde, von 173 548 im Jahre 1901 auf 382 261 im Jahre 1906 gestiegen. Insgesamt wurde von den deutschen Arbeitersekretariaten in den letzten sechs Jahren an 1 438 776 Auskunftsuchen in 1 493 556 Fällen Auskunft und Rat erteilt.

Ein gutes Zeichen des Fortschritts auf gewerkschaftlichem Gebiet ist es jedenfalls, daß das Verhältnis der gewerkschaftlich organisierten zur Gesamtzahl der Auskunftsuchen stets günstiger wird. 1901 waren nur 44,8 Prozent der Auskunftsuchen gewerkschaftlich organisiert. Von Jahr zu Jahr ist der Prozentsatz der Organisierten gestiegen, 1906 beträgt er bereits 63,5 vom Hundert. Auffallend ist, daß 1901 nur 54,2 Prozent, 1906 dagegen 94,5 Prozent der Auskunftsuchen als Arbeitnehmer bezeichnet sind. Es ist jedoch zu berücksichtigen, daß in den letzten beiden Jahren die Angehörigen der Arbeitnehmer ebenfalls in dieser Gruppe gezählt wurden, während vorher die meisten Sekretariate diese zu den „sonstigen Personen“ zählten.

Die im Jahre 1906 erteilten Auskünfte betrafen Arbeiterversicherung in 114 920 Fällen, Arbeits- und Dienstvertrag in 60 497 Fällen, Bürgerliches Recht in 112 426 Fällen, Strafrecht in 80 067 Fällen, Arbeiterbewegung in 10 064 Fällen, Gemeinde- und Staatsbürgerrecht in 42 234 Fällen, Gewerbetreiben und Privatversicherung in 5511 Fällen, Sonstiges in 6542 Fällen.

Ueber die von den Gewerkschaftsartellen unterhaltenen Auskunftsstellenlagen für 1905 aus 11 Orten Angaben vor. Von 91 dieser Auskunftsstellen wurden insgesamt 20 572 Auskünfte erteilt. 1906 berichteten

frauzimmerliche, und indem er die Gelegenheit wahrnahm, seine gewerblichen Kenntnisse zu bereichern, vielleicht auch, um zu erproben, ob man trotz der Kontinentalzölle Manufakturwaren aus England schmuggeln, erkundigte er sich nach der Herkunft des Stoffes, aus dem das entzückende, Weltgeschichte agierende Kleid der Dame hergestellt war.

Der Erfolg der auf die Sinnlichkeit eines plumpen Barbaren berechneten Intrige war umgekehrt. Luise hatte sich in der Helmschleife gefangen, einem wüßten und ungeschlachten Satan entgegenzutreten und sie war entzückt von seinem feinen Kopf, seiner edlen Haltung, seinem liebenswürdigen Wesen. Voll ausschweifender Erwartungen verliebte sie Napoleon, und der König und seine Umgebung hofften mindestens ein Viertel mehr von Preußen zu retten. Napoleon aber schrieb an seine Gattin nach Paris: „Die Königin von Preußen hat gestern mit mir gesehft. Ich mußte mich dagegen wehren, daß sie mich noch zu einigen Augenblicken an ihren Mann nötigen wollte; aber ich bin galant gewesen und habe mich an meine Politik gehalten. Sie ist sehr liebenswürdig.“ Und tags darauf, nach einer zweiten Zusammenkunft mit Luise, redete er seine Frau: „Die Königin von Preußen ist wirklich entzückend, sie ist voll von Koketterie gegen mich; aber sei deshalb nicht eiferfüchtig; ich bin wie eine Wachsteinwand, von der das alles abläuft. Der Preis würde mir zu teuer sein, den Galanten zu spielen.“

Die Wölfe, deren widrige Unwürdigkeit selbstamerweise keiner von all den in den Feinheiten germanischer, monarchischer und weiblicher Sittlichkeit bewanderten preussischen Geschichtsschreibern gefühlt zu haben scheint, war umsonst einstudiert.

Napoleon schloß am 7. Juni mit dem Baren ein geheimes Offensiv- und Defensivbündnis, in dem sich Rußland zur Politik der Kontinentalzölle bekannte und sich unter bestimmten Voraussetzungen bereit erklärte, mit Frankreich zusammen den Krieg gegen England zu führen. Alexander I. vermandete sich zwar für seinen „unglücklichen“ Bundesgenossen, ließ sich aber auf dessen Kosten ein erbliches Stück von Neu-Ostpreußen zuschanzen. Dafür wurde in den Friedensvertrag hineingelegt, daß Napoleon nur aus Rücksicht auf den Baren die eroberten Provinzen an Preußen zurückgab. Diese spöttische Bückigung für die Sühnegebung an den Parisismus hatte Preußen reichlich verdient.

Am 9. Juli wurde der Friedensvertrag zwischen Preußen und Frankreich unterzeichnet. Preußen verlor das Gebiet links der Elbe und die polnischen Landes-

Zilfit.

(Schluß.)

Am 27. Juni keimt in einem Brief Luises der graufam kbelnde Gedanke auf, fast wie ein Schwangerchaftsgeflüß — sie tut es ein Kind unter dem Herzen — den Teufel zu sprechen: „Sollte nicht Seine Majestät Napoleon, damit das Zilfiter Fest vollständig würde, die Aufmerksamkeit haben, mich einzuladen, um auch bei dem intimen Bunde zu sein. Da ich ihn so sehr liebe, würde das mir sehr angenehm sein!“ War das die erste Anregung? Am 29. Juni meldet Friedrich Wilhelm III., Napoleon habe bei Zilfit gesagt, er wisse, daß die Königin ihn nicht liebe, ob nicht nun auch sie mit ihm gleichzeitig den Frieden machen möchte. Dann habe er auf ihr Wohl getrunken. General Ralcreuth habe mit dem Marschall Murat über eine Reise der Königin nach Zilfit gesprochen, was ihr gewiß sehr unangenehm sein würde. „Ich habe zu Ralcreuth gesagt“, fügt der Gemahl hinzu, „wenn nicht wenigstens Napoleon den Wunsch äußert, würde ich nicht, wie sich das zweckmäßig verhalten ließe.“ Luise aber greift den Gedanken sofort auf: „Mein Entschluß ist im selben Augenblick gefaßt worden. Ich komme, ich fliege nach Zilfit, wenn Du es wünschst, wenn Du glaubst, daß ich etwas Gutes wirken kann, aber meine Ankunft müßte durch irgend einen bezentem Anlaß begründet werden.“ Sie könnte nur kommen, wenn Napoleon ihn in sehr ehrenvollen Ausdrücken darum bittet oder ihm wenigstens seinen Wunsch äußert. Sie will sich an Hardenberg wenden, daß er ihr die zu spielende Rolle ausarbeite, die sie auswendig (par coeur) lernen wolle, weil sie doch mit dem Menschenfreund nicht frei vom Herzen (de coeur) zu reden vermöchte. Indessen Napoleon denkt nicht daran, sie einzuladen, und der Gatte drängt trotzdem: „Hier ist alle Welt vollständig überzeugt, daß Dein Erscheinen sehr wohlthätige Wirkungen haben könnte. Hardenberg (der in keinen Denkwürdigkeiten seine Mittäterchaft abgeleugnet hat) besonders äußert sich in diesem Sinne und bittet mich, keinen Augenblick zu verlieren, und Deine Reise zu beschleunigen, da der Augenblick kostbar sei.“ Es sei keine Aussicht, daß Napoleon der Königin seinen Besuch abstatte, aber zu vermuten, daß er sie zu Mittag einladen würde. Luise, deren bezaubernde Heiterkeit während ihres nach Zilfit folgenden Königsberger Aufenthalts ihr alter Freund Schaffner nicht genug zu preisen weiß, ist erschreckt über die Art, wie sie kommen soll, ohne Einladung vom dem Herrn der Welt — aber sie eilt zu dem Teufel, der sich aus dem Rot emporgeschwungen hat!

116 Gewerkschaftskarte über die Tätigkeit ihrer Ausführenden, von denen 102 insgesamt 22 167 Auskünfte erteilten.

Es erübrigt sich vollkommen, noch besondere Betrachtungen über den Wert der Arbeitersekretariate anzustellen. Diese haben ihre Nützlichkeit längst selbst nachgewiesen. Als im Jahre 1894 die Würzburger Gewerkschaften das dortige Arbeitersekretariat errichteten, ahnten sie sicher nicht, welchen Dienst sie der gesamten deutschen Arbeiterschaft damit erwiesen, indem sie ein Institut ins Leben riefen, dessen Wirken so ungetrübte Anerkennung fand, daß das Verlangen nach gleichen Einrichtungen binnen so kurzer Frist allgemein geworden ist. Bereits im Laufe dieses Jahres sind wieder einige Sekretariate errichtet worden und zwar in Orien und unter Verhältnissen, die für den Fortbestand derselben bürgen. Die Errichtung weiterer Sekretariate ist in verschiedenen Orten noch für das laufende Jahr in Aussicht genommen, so daß wir im nächsten Jahre über den Bestand von etwa 100 Sekretariaten werden berichten können. Jede Errichtung eines neuen, lebensfähigen Arbeitersekretariats bedeutet einen Schritt zu unternehmender Fortschritt der deutschen Arbeiterbewegung, deshalb müssen die darauf gerichteten Bestrebungen nach Möglichkeit zu fördern gesucht werden.

Lohnbewegung.

Zuzug ist fernzuhalten nach:

Bad Brückenau, Görlitz, Passau, Zinnenstadt im Müglau.

Sperren. Die Sperre wurde verhängt über die Werkstätten von Knothe in Neugersdorf (sächs. Lausitz), Denzel, Auf dem Kreuz in Ulm, Gebr. Meier in Offenburg, resp. die Kasernenneubauten in Mühlheim i. B., Max Fritsche, Oskar Langer und Jos. Wörlch in Sagan.

Wegen der Kämpfe im Baugewerbe zu Berlin und Erfurt werden die Kollegen vor Zureisung gewarnt.

Mühlheim i. B. Die hiesige Bahnhalle besteht bereits über ein Jahr. Daß auch an solchen Orten durch Zusammenhalt etwas zu erreichen ist, wenn man nur mit der nötigen Zielklarheit und Energie vorgeht und kein Mißverhältnis zwischen den Kollegen vorliegt, zeigt die verfloßene Bewegung. Wir traten anfangs April an die Meister von hier, von Badenweiler und Schlingens mit dem Ersuchen, betreffs der Lohn- und Arbeitsverhältnisse Stempel zu schaffen, heran und schlossen nach vorhergehenden Verhandlungen einen Tarif ab, der für das Malergewerbe in Badenweiler, Mühlheim und Umgegend Gültigkeit besitzt. Die tägliche Arbeitszeit beträgt 10 Stunden. Der Mindestlohn beträgt für Badenweiler 50 \mathcal{M} , für die Stadt Mühlheim 45 \mathcal{M} pro Stunde. Die Lohnzahlung geschieht wöchentlich Samstags abends und muß eine halbe Stunde nach beendeter Arbeitszeit erledigt sein, längerer Warten wird als Ueberstunde bezahlt. Nach Ablauf von zwei Jahren erhöht sich der Mindestlohn um 5 \mathcal{M} pro Stunde. Ueberstunden, Nacht- und Sonntagsarbeiten sind zu vermeiden, in unabweisbaren Fällen werden Ueberstunden mit 10 \mathcal{M} , Nachtarbeit mit 25 \mathcal{M} Zuschlag pro Stunde, Sonntagsarbeit doppelt bezahlt. An den Vorabenden von Ostern, Pfingsten und Weihnachten ist eine Stunde früher Feierabend ohne Lohnabzug. Für Ueberlandarbeit wird bei einer Entfernung von mehr als einer halben Stunde ein Zuschlag von 1 \mathcal{M} pro Tag bezahlt; bei dauerndem Aufenthalt auswärts mit Uebernachten die Auslagen für Kost und Logis. Der Weg bzw. die Fahrt zur Arbeitsstelle wird als Arbeitszeit berechnet. Akkordarbeit soll nicht stattfinden, in vorkommenden Fällen wird der Tagelohn garantiert. Gegenseitige Kündigung findet nicht statt. Maßregelungen wegen der Lohnbewegung dürfen nicht stattfinden. Gehülfen, welche von auswärtigen Unternehmern am hiesigen Werke arbeiten ausführen, sind verpflichtet, diesen Vertrag einzuhalten. Andere als die in vorstehendem Vertrage bezeichneten Abmachungen sind un-

teile. Es hatte vor dem Kriege 5570 Quadratmeilen und 9 743 000 Einwohner, es hätte fast die Hälfte, 2693 Quadratmeilen und 4 805 000 Einwohner, ein 18 Millionen Dollar Einkünfte entgingen damit dem Staat. Aus dem politischen Preußen wurde das Herzogtum Warschau gebildet, das eine Volksvertretung, das französische Recht und die französische Verwaltung erhielt; der König von Sachsen wurde zum erblichen Oberhaupt ausgerufen. Danzig wurde Republik. Am 12. Juli unterzeichnete General Kalckreuth einen weiteren Vertrag, nach dem die französischen Truppen etappenweise bis zum 1. November Preußen räumen sollten, aber unter der Bedingung, daß die noch zu zahlenden Kriegssteuern — 112 Millionen — bis zum 1. Oktober bezahlt würden. Da die Summe nicht gezahlt werden konnte, blieben die französischen Truppen in Preußen. Napoleon konnte nicht anders verfahren. Preußen erbot sich sogar, dem Rheinbund beizutreten, um Erleichterungen zu gewinnen. Aber nach allem, was vorgefallen, mußte er Preußen mittragen, und ein später aufgeschlagener Brief Steins bewies ihm, daß man in Königsberg nur auf die Klammung des Landes wartete, um mit Oesterreich sich zu einem neuen Feldzug zu verbinden. Deshalb wurde Preußen auch verpflichtet, zehn Jahre lang nicht mehr als 42 000 Mann unter Waffen zu halten.

Als Napoleon am 10. Juli 1807 nach Königsberg kam, befahlen die Behörden, die Stadt zu illuminieren. Die Beleuchtung ward „besohlen“, so schrieb damals der Nachfolger Kantz, Professor Kraus, „nicht des Friedens wegen, der damals noch nicht geschlossen war, sondern, wie die Befehlenden ausdrücklich sagten (der Präsident hat es mir erzählt), um unsere Ehre zu zeigen, wie es alle anderen überwundenen Städte getan, dem Kaiser zu bezeugen.“ Man illuminierte zu einer Zeit, wo in Preußen — so schildert es ein Zeitgenosse — alle Fabriken und Manufakturen stillstanden, wo die Maschinen, der Handel zugrunde gerichtet war; wo der Ackerbau vernachlässigt, die Bauern halb verhungert, die Beamten ohne Besoldung, die Staatsfinanzen vollständig zerrüttet waren. Durch das frevelhafte Verschulden der preussischen Monarchie und des herrschenden Junkertums!

Siehe aber schrieb nach dem Frieden von Tilsit aus Kopenhagen, wo er ein Asyl suchte, an seine Frau: „Der gegenwärtigen Welt und dem Bürgerium hienieden abzusprechen, habe ich schon früher mich entschlossen. Ich glaubte, die deutsche Nation müsse erhalten werden, aber siehe, sie ist ausgelöscht.“

zulässig. Dieser Lohn- und Arbeitsvertrag, welcher die Geschäftsordnung darstellt, ist in jeder Werkstatt sichtbar anzuschlagen. Dieser Vertrag tritt sofort in Kraft, gilt zwei Jahre und ist ein Monat vor Ablauf von einer der beteiligten Parteien zu kündigen; erfolgt keine Kündigung, so gilt der Vertrag stillschweigend auf je ein Jahr weiter. Trotzdem wir die am hiesigen Werke von der Firma Gebr. Meier, Offenburg, an den Kasernenneubauten beschäftigten Malergehülfen mit unserem Tarif bekannt gemacht haben und denselben auch den Herren Unternehmern unterbreitet, wursteln sie so weiter, uns und sich selbst den größten Schaden zufügend, weshalb wir im Einverständnis mit der Filiale Freiburg die Sperre über diese Firma wieder erneuert haben. Wir ersuchen deshalb sämtliche Kollegen, diese Offenburger Firma zu meiden, daß diesen Herren endlich klar wird, daß wer nicht mit uns geht, unser Feind ist.

Aus unserem Berufe.

Verunsinnfall. In Dobrilugt stürzte am 3. Juli unser Kollege B. Naumann, der in der dortigen Schlosskirche beschäftigt war, aus der zweiten Gerüstlage im Innern der Kirche herab. Im Krankenhause wurde Gehirnerschütterung festgestellt. Der Unfall ist durch Aufspringen einer Bohle entstanden; würde hier nur einigermaßen beim Gerüstbau den jahrzehntelangen schon gestellten Forderungen der Bauarbeiterschuttkommission entsprochen worden sein, wäre das Unglück nicht vorgekommen. Auf dem Gebiete des Bauarbeiterschutzes liegt noch so vieles im argen, daß nicht oft genug unsern Kollegen zugerufen werden kann, nicht faulem und gleichgültig zu sein, wo es sich um Schutz ihres Lebens, um die Erhaltung ihrer Gesundheit handelt.

Im Zeichen des Klüngels. Der Arbeitgeberverband für das Maler- und Anstreicher-gewerbe in Rheinland und Westfalen hält nächste Woche seinen Verbandstag ab. Sicher wird da auch wieder in den höchsten Tönen der Verband gepriesen werden. Aber es sieht damit noch recht faul aus; denn an die Mitglieder ist folgendes Rundschreiben ergangen:

Warmen, den 8. Juli 1907.
Arbeitgeberverband für das Maler- und Anstreicher-gewerbe und verwandte Berufe in Rheinland und Westfalen.

Sehr geehrter Herr Kollege!

Wir machen wiederholt darauf aufmerksam, daß es zur Erstattung eines Geschäftsberichts unbedingt notwendig ist, daß die einzelnen Ortsverbände dem Hauptvorstande die nötigen Unterlagen liefern.

Der Verbandstag findet in 14 Tagen statt, und ist deshalb keine Minute mehr zu verlieren. Ebenso kann von einer Ausübung des Stimmrechts nur dann die Rede sein, wenn die fälligen Beiträge bezahlt sind.

Soll denn nun auch in unserem Verband sich die alte, traurige Wahrheit bestätigen, daß man von unseren Kollegen nur dann etwas haben kann, wenn ihnen das Messer an die Kehle gesetzt wird? Soll gleich der erste Verbandstag unter dem Zeichen des Klüngels stehen? Wir richten deshalb zum letzten Male die dringende Bitte an Sie, die in unserem letzten Rundschreiben verlangten Unterlagen umgehend an den Hauptvorstand gelangen zu lassen, da sonst die Erstattung eines Geschäftsberichts und eine ordnungsmäßige Beschlußfassung auf dem Verbandstage Dinge der Unmöglichkeit sind.

Mit kollegialischem Gruß
F. M.: Ernst Wenner.
Dieser Einblick in obigen Verband ist nicht ohne Interesse. Nicht einmal die fälligen Beiträge sind bezahlt worden, und von einer ordnungsmäßigen Beschlußfassung auf dem unter dem Zeichen des Klüngels stehenden Unternehmer-Verbandstage ist keine Rede. Wir wundern uns über solche Zustände nicht, denn sie können nicht besser sein. Jahrelang bekämpfte man unsere Organisationsbestrebungen, suchte die Filialen zu unterdrücken durch Maßregelungen bestimmter Gehülfen und wollte von einer Gehülfenorganisation nichts wissen. Solches Gebahren rächt sich aber auch auf der Gegenseite, der Beweis ist mit obigem erbracht. Die Erziehung zum Organisationsgedanken geschieht nicht von heute auf morgen. Trotzdem wird aber die Unternehmerpresse berichten, daß der Verbandstag ein Beweis für die große Opferwilligkeit und den Eifer der Arbeitgeber für ihre Interessen ist.

Vom Ausland.

Oesterreich. Zuzug ist strengstens fernzuhalten nach: Bozen, Rinz, Marburg, Neunkirchen, Krakau und Wagnsdorf. Ebenso ist Zuzug von Anstreichern und Lackierern fernzuhalten nach Wien, Maschinenfabrik Wagner und Fahrradwerke Pettsch & Comp., Agersdorf bei Wien.

Schweiz. Gesperrt sind für Maler: Baden und Basel; für Lackierer die Wagenfabriken C. & R. Geißberger und Gebr. Meier in Birsich.

Amerika. New York, Juli 1907. Der Kampf der New Yorker organisierten Kollegen um höheren Lohn ist in dem Zustande der Waffenruhe, indem der Geschäftsgang ein ziemlich flauer ist und die richtige Saison erst zu Anfang August eintritt. Der Sieg der Kollegen wäre schon längst errungen, wenn die Solidarität der New Yorker Bauhandwerker vorhanden wäre, jedoch genierten sich diese nicht, mit den Scabs zusammen zu arbeiten, trotzdem man in den Pentrakörpern zusammensteht und tagt. Würde nur einige Tage von Seiten der Bauhandwerker ein Ausstand ins Werk gesetzt worden sein, hätte die Vereinigung der Maler- und Anstreichermeister klein beigegeben müssen. So wie aber zum größten Bedauern der organisierten Arbeiter die Verhältnisse liegen, ist die Brüderschaft der Maler und Anstreicher gezwungen, viele 28 Firmen, die zur Vereinigung gehören und die „offene Werkstätte“ proklamiert haben, einzeln zu bekämpfen. Scabs und Verräter finden sich überall und zumeist in einer Großstadt wie New York, wo vielleicht über 10 000 nichtorganisierte Kollegen vorhanden sind. Wenn diese oder auch die größte Zahl von ihnen nicht in den besseren Geschäften arbeiten können, so sind sie doch in der Zeit der Not dem Unternehmer willkommen, um einen Druck auf die streikenden Kollegen auszuüben, um sie zu zwingen, zu der Arbeit für die alten Löhne zurückzukehren. Ferner haben die New Yorker Kollegen mit einem andern wichtigen Faktor zu rechnen, näm-

lich mit der starken Einwanderung aus Rußland. Diese Elemente stehen der Organisation äußerst hinderlich im Wege, sie schaffen für einen spottbilligen Preis, da sie unter allerlei Entbehrungen leben und somit das Geschäft zu drücken, daß es kaum zu beschreiben ist. Alle Arbeiten, die in früheren Jahren noch mittelmäßig bezahlt wurden, liegen jetzt in jüdischen Händen. Die Neubauten sowie die Ausreparaturen der Wohnhäuser werden von diesen Leuten kontrolliert und es ist einfach unmöglich, diesem Treiben Einhalt zu bieten, in einigen Jahren wird sicherlich der ganze Industriebetrieb, der zum Gewerbe gehört, vollständig in den Händen der Juden sein. Kaum sind diese Leute ein oder zwei Jahre im Geschäft, so fangen sie schon für sich an, beuten die andern gleichfalls aus und so geht es weiter, und die Konkurrenz treibt die größten Blüten. Dazu leistet die „Hirschschule“, ein Vermittlungsdes bekannten deutschen Baron Hirsch, wo die Kollegen jüdischer Abkunft fabrikmäßig ausgebildet werden, ihr Bestes.

Soll in diesem Jahre eine Generalversammlung stattfinden, und sollen die Kosten, die diese verursacht und nach Angabe der Generalbeamten 30 000 Doll. betragen, dem Steuerfonds entzogen werden, ist zurzeit die Hauptfrage in den Filialen der Brüderschaft. Von Seiten der Generalbeamten wird für Arabstimung agitiert, indem angegeben wird, die Generalversammlungen seien für viele Delegaten weiter nichts als Vergnügungsfahrten; die andere Seite behauptet, die Beamten wollten nur am Stüber bleiben und es sei sehr nötig, daß eine Aenderung eintrete. Wahres ist auf beiden Seiten.

Die Kämpfe im allgemeinen auf dem Arbeitsfelde in dem sogenannten Lande Amerika sind in diesem Jahre sehr gewaltiger Natur, doch leider muß konstatiert werden, daß viele verloren sind. Wie ich schon im Anfang bemerkte, fehlt aller Zusammenhang und die Solidarität unter den Arbeitern ist leider nicht vorhanden. Bevor diese Zeiten den deutschen Kollegen bekannt werden, wird sich der große Prozeß, der gegen die Beamten der Westlichen Bergarbeiterorganisation gerichtet ist, zu Ende sein. Derselbe hält Arbeiter wie Unternehmer, Millionäre, Eisen- und Stahlkönige in Aufregung. Der Prozeß zeigt, wie die Bergwerksbesitzer alles aufbieten, um die Beamten der Bergwerksarbeiter an den Galgen zu bringen. Der Staatszeuge Orhard, ein gekauftes Schenkel in Menschengestalt, der selbst zugab, mehr als 20 Mordtaten begangen zu haben, alle paar Tage seinen Namen wechselte, gab bei seinen Aussagen alle jene Märchen zum besten, die man früher von den verschiedenen Räuberhauptleuten las, oder von den Ueberfällen aus dem „wildem Westen“ kennen lernte. Von Seiten der kapitalistischen Presse wird dieses Subjekt als Held gepriesen und mit frecher Stirn fordern diese Prestofakten die Hinrichtung der Arbeiterführer, wie es in Chicago bereits vor 20 Jahren geschah. A. I.

Rußland. Statistische Daten zur Gewerkschaftsbewegung in Rußland. Die Nr. 9 des „Gewerkschafts-Anzeiger“ bringt weitere statistische Daten zur Gewerkschaftsbewegung in Rußland. Zur Charakteristik der Gewerkschaften wird in nachfolgender Tabelle die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder im Verhältnis zur Gesamtzahl der Arbeiter des betreffenden Gewerbes gebracht. Leider wird der Wert dieser Aufstellung dadurch beeinträchtigt, daß letztere Daten den Resultaten der letzten Volks- und Berufszählung im Jahre 1897 entnommen werden mußten:

	Gesamtzahl	Organisiert	Prozent
1. Bergbau	229 000	2 475	1,0
2. Holzbearbeitungsind.	410 000	9 927	2,4
3. Lederindustrie	154 000	12 066	7,1
4. Metallindustrie	625 000	54 173	8,6
5. Bekleidungsindustrie	1 158 000	14 402	1,2
6. Druckereigewerbe	60 000	28 654	43,0
7. Baugewerbe	717 000	12 396	1,7
8. Lebensmittelindustrie	344 000	24 848	7,2
9. Textilindustrie	960 000	37 214	3,9
10. Handel u. Bedienung	1 495 000	32 475	2,2
11. Sonstige Gewerbe	—	17 005	—
	7 043 000	245 335	3,5

Sinzu kommen noch zwei ungeheure Gruppen von Arbeitern: Transportarbeiter (715 000), von denen bloß die Eisenbahner einigermaßen organisiert sind (0,9 Proz.), und Landarbeiter (2 722 000), deren Organisationen bestenfalls während der Sommerzeit existieren, ohne jedoch bedeutende Höhe zu erlangen. Die Organisation ganzer Gruppen wird ungeheuer erschwert durch die Fuchthausgehe von 15. Dezember 1905 und 28. April 1906, welche die Streiks und Verbände der Transport- und Landarbeiter mit den härtesten Strafen bedrohen.

In den einzelnen Gewerben tritt die charakteristische Tendenz zutage, die Absplitterungen nach einzelnen engeren Spezialitäten möglichst zu vermeiden, Verbände zu bilden, welche alle Arbeiter des betreffenden Gewerbes umschließen. So zählen die allgemeinen Holzarbeiterverbände 57 Proz., die Metallarbeiterverbände 80 Proz., Druckereiarbeiterverbände 93 Proz., Bauarbeiterverbände 88 Proz., Textilarbeiterverbände 96 Proz. aller organisierten Arbeiter dieser Gewerbe. Alles weist darauf hin, daß dieser Prozeß der Vereinigung nicht nach kleineren Spezialitäten, sondern nach ganzen Gewerben, im Wachsen begriffen ist.

Wie aus Angeführtem ersichtlich ist, steht die Gewerkschaftsbewegung in Rußland noch in ihren Anfängen. Trotzdem aber hat sie auf dem Gebiete des wirtschaftlichen Kampfes schon bedeutendes geleistet. Der Zusammenschluß der breitesten Schichten der russischen Arbeiterschaft auf dem Boden der gewerkschaftlichen Organisation ist bloß eine Frage der nächsten Zukunft.

Der 5. österreichische Gewerkschaftskongress findet vom 21. bis 25. Oktober 1907 in Wien statt. Der Kongress wird im Arbeiterheim, XVI., Preitnergasse, tagen. Die provisorische Tagesordnung lautet: 1. Erlebung der geschäftlichen Angelegenheiten, Wahl des Bureau und der Mandatsprüfungskommission, Feststellung der Präsenzliste. 2. Situations- und Rechenschaftsbericht der Reichskommission Tätigkeitsbericht, Bericht über den Solidaritätsfonds, Kassenbericht und Bericht der Kontrolle. 3. Berichte: a) die Tätigkeit des arbeitsstatistischen Amtes; b) die Tätigkeit der Unfallverhütungskommission; c) die Tätigkeit des Wasserstrahenvereins. 4. Organisation und Taktik (Betriebsorganisation und gemeinsames Vorgehen bei Streiks). 5. Arbeiterschutz und das neue Parlament.

Sachliteratur.

Von der deutschen Malerzeitung „Die Mappe“ liegt Heft 4, Juli 1907, in der bekannten trefflichen Ausstattung

Unsere Lohnbewegungen 1906.

6. Bezirk.

Wie in keinem Jahr zuvor fehlten im Jahre 1906 die Lohnbewegungen im 6. Bezirk mit ungeheurer Lebhaftigkeit ein. Aus 23 Orten wurden Lohnbewegungen angemeldet. Davon mußten wegen ungenügender Organisation drei Städte zurückgestellt werden. Ohne Streit gelang es, mit den Meistern in nachstehenden 12 Orten Tarife abzuschließen: In Freiburg i. Br., Göppingen, Heilbronn, Kaiserlautern, Konstanz, Landau, Neustadt, Pirmasens, Reutlingen, Schwabmühlhausen, Schwenningen und Ulm. In Weß, wo bereits mit dem Innungspräsidenten ein Übereinkommen getroffen war, hat bei den späteren Verhandlungen durch Einmischen des Lokalvereins nichts Positives erzielt werden können.

Zur Arbeitseinstellung kam es in Heidelberg, Karlsruhe, Lörrach, Ludwigshafen, Mannheim und Mühlhausen i. G., in Furtwangen zu einer 13wöchigen Aussperrung, an der 6 Kollegen beteiligt waren. An den Streiks beteiligt waren 1085 Kollegen. In Heidelberg wurde nach 14tägigem Streik ein Tarif abgeschlossen, der u. a. die 9 1/2stündige Arbeitszeit und einen Minimallohn von 38 und 45 s die Stunde festlegte. Die gleichen Bedingungen wurden durch Tarifvertrag außer den übrigen Bestimmungen in Karlsruhe nach einem 3wöchigen Kampfe vereinbart. In Lörrach ging der Streik durch den Disziplinbruch der Kollegen verloren. Am hartnäckigsten gestaltete sich der Kampf in Ludwigshafen und Mannheim, der volle 13 Wochen andauerte, bis es gelang, die scharfmacherischen Bestrebungen, die im Bunde mit ganzen 17 christlichen Gesellen zu einem Verzichtungsstreich unserer Filiale auszuholen wollten, zu brechen. Eine ausführliche Schilderung dieses großen Kampfes finden die Kollegen in Nr. 48 des B.-A. von 1906. Am 2. Juli wurde die Arbeit nach Abschluß eines Tarifes, der bis 1. Februar 1908 Gültigkeit hat, wieder aufgenommen, mit derselben Geschlossenheit und Einigkeit, als mit der am 5. April die Arbeit eingestellt worden war. In Mühlhausen i. G. wurde nach 1tägiger Dauer des Streiks ein Tarif abgeschlossen, der bedeutende Verbesserungen für die Kollegen brachte. Die Arbeitszeit, die vorher noch bis zu 13 Stunden teilweise währte, wurde auf 10 Stunden festgesetzt und ein Mindestlohn von 36 und 48 s die Stunde. Insgesamt kam es im 6. Bezirk in 17 Orten zu Tarifabschlüssen.

7. Bezirk.

In Salzingen, wo die Kollegen sämtlich organisiert sind, wurde den Arbeitgebern im März unser Tarif zugestimmt. Bisher bestand dort kein Tarif und die Lohn- und Arbeitsverhältnisse waren vollständig unregelmäßig. Die Arbeitgeber ließen sich nach anfänglichem Weigern dazu herbei, mit unserm Bezirksleiter zu verhandeln und der von uns eingereichte Tarif wurde mit wenigen Änderungen von beiden Parteien anerkannt. Es wurde der Lohn, der bisher 29, 30, 31 und 32 s pro Stunde betragen hatte, auf 38 s erhöht und zwar als Minimallohn. Vom 1. April 1907 werden 40 s gezahlt.

In Saalfeld hatten die Kollegen schon im vorigen Jahre einen Tarif mit den Arbeitgebern abgeschlossen, doch hatte man sich damals mit einer Abschlagszahlung begnügen müssen. Im März wurden die Forderungen aufs neue eingereicht und nach längerem Verhandeln auch ein neuer Tarif abgeschlossen, in dem der Minimallohn für Gehilfen von 34 auf 40 s erhöht wurde. Für Ausreißer, die 4 Jahre im Berufsstand sind, wurden 38 s pro Stunde festgesetzt. Dieser Erfolg war auch nur dadurch auf friedlichem Wege möglich, indem unsere Kollegen geschlossen hinter den Forderungen standen.

Auch in Tam bach, wo noch Löhne von 27, 28 und 29 s pro Stunde bezahlt wurden, hatten die Kollegen ihren Arbeitgebern Forderungen unterbreitet. Zum Abschluß eines Tarifes kam es hier nicht, doch wurde eine Lohnzulage von 2 s pro Stunde erzielt. Die Zahlstelle war erst kurz vorher gegründet worden, deshalb konnten die gestellten Forderungen nicht vollständig durchgedrückt werden. Immerhin ist der Erfolg als ein beachtenswerter zu bezeichnen und die Wirkungen desselben äußern sich in der Zugehörigkeit sämtlicher am Orte beschäftigten Kollegen zur Organisation.

In Göttha wurde eine Lohnhöhung von 2 s pro Stunde durchgeführt. Hier war kein eigentlicher Tarif aufgestellt, sondern nur eine Lohnhöhung verlangt worden. Die Organisation war hier noch nicht in der Verfassung, einen Tarif durchzubringen. Auch dieser kleine Erfolg hat auf die Organisation am Orte günstig eingewirkt.

In Reiz war bei der Firma Wunsch u. Bretsch, Sinderwagenfabrik, durch vorgenommene Lohnreduktionen ein Zustand in bedenklicher Nähe gerückt. Durch Rücksprache mit dem Meister wurde erst nach mehrmaligen Verhandeln eine Einigung erzielt. Es wurde nicht nur die Lohnreduktion zurückgenommen, sondern noch eine Erhöhung der bisherigen Akkordlöhne vorgenommen. So endete diese Aktion der Unternehmer zu unsern Gunsten und zwar nur dadurch, daß alle Kollegen der Organisation angehörten.

Einen harten Kampf hatten die Radierer in Eisenaich zu bestehen. In der dortigen Fahrzeugfabrik hatte es schon seit Jahren gekriselt, d. h. die Unzufriedenheit der Arbeiter mit den dort bestehenden Verhältnissen hatte einen Konflikt mit der Direktion des öfteren bald zur Wahrheit werden lassen. Doch wurde immer wieder durch besondere Manipulationen der Direktion eine Verständigung erzielt. In diesem Jahre lehnte die Direktion es aber ab, auf die Forderung einzugehen und es kam deshalb zu einem Kampfe, der erst nach 10wöchiger Dauer beendet werden konnte. Der Erfolg war die Erhöhung der Löhne um 3 s pro Stunde. Bei diesem Kampfe hatten wir es mit den größten Scharfmachern in der Metallindustrie zu tun, wäre dies nicht der Fall gewesen, so würde der Kampf schon nach kürzerer Dauer erledigt worden sein.

Die Kollegen in Gera hatten schon im Jahre 1905 eine Lohnbewegung in Szene gesetzt, doch wurde aus verschiedenen Gründen die Bewegung nicht bis zu Ende geführt. Die Arbeitgeber hatten auf den eingereichten Tarif mit einem Leistungstarif geantwortet. Durch die Ver-

lagung der Bewegung wurde aber dieser Tarif nicht in den Kreis der Erörterungen gezogen. In diesem Jahre wurde nun auch neue den Arbeitgebern ein Tarif unterbreitet und nach langen Verhandlungen ein Tarif vereinbart, in welchem u. a. der Minimallohn für Gehilfen auf 40 s und für Ausreißer auf 33 s vereinbart wurde. Würde die Organisation keine so stramme gewesen sein, der Tarif hätte erst im Kampfe errungen werden müssen, denn verschiedene Male schien es, als wenn der Kampf unvermeidlich sei.

In Bernburg wurde der Tarif von den Arbeitgebern abgelehnt. Der Obermeister der dortigen Innung, der sich in der Person des Scharfmachers gefallt und der noch nebenbei Stadtverordneter ist, hatte die übrigen Arbeitgeber dahingehend beeinflusst, keinen Tarif anzuerkennen. Der Kampf war deshalb unvermeidlich. Die Mehrzahl der organisierten Kollegen war aber erst kurz vorher der Organisation beigetreten und die Schulung für den Kampf deshalb eine vollständig mangelhafte. Die Kollegen blieben in so großer Zahl in den Werkstätten stehen, daß ein erfolgreicher Kampf zur Unmöglichkeit wurde.

In Halberstadt wurde auf friedlichem Wege ein Tarif mit den Arbeitgebern abgeschlossen, der aber nach kurzem Bestehen von diesen wieder gekrochen wurde. Es kam deshalb zum Kampfe, der nach 14tägiger Dauer mit der Anerkennung des Tarifes endete.

Den größten und schwersten Kampf haben wir in Magdeburg führen müssen. Dort hatten unsere Kollegen alle Ursache, ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse einer Revision zu unterziehen. Die Arbeitgeber aber, die sich einen Arbeitgeberverband geschaffen hatten, wollten nur ganz geringfügige Zugeständnisse machen, die die Kollegen aber ablehnten. Daraufhin wurden sämtliche bei den dem Arbeitgeberverbände angehörenden Arbeitgebern beschäftigten Kollegen ausgesperrt. In brutaler und fribolrer Weise verlangten die ausperrungswilligen Arbeitgeber von unsern Kollegen, aus der Organisation auszutreten und damit auf ihr ihnen von Gesetzes wegen zustehendes Qualitätsrecht zu verzichten, was aber strikte abgelehnt wurde. Die Aussperrung wäre sicher zu Gunsten der Kollegenchaft verlaufen, wenn nicht die sogenannten „Kirch-Dunderischen Gewervereiner, ein Häuflein von 38 Mann, den elendesten, erbärmlichsten Arbeiterverrat begangen hätten. Diese „organisierten“ Arbeiter kamen den Arbeitgebern dadurch zu Hilfe, daß sie den von diesen vorgelegten Tarif, der eine Lohnhöhung von täglich 6 s und wöchentlich 36 s vor sah, akzeptierten. Gemeinsam mit den übrigen Streikbrechern haben die Kirche ihres unfauberen Amtes gewalt und es fertig gebracht, daß unsere Kollegen die Arbeit nach 11wöchigem Kampfe bedingungslos wieder aufnehmen mußten. Der Haß und die Wut der Arbeitgeber, die sich den Scharfmachern in der Holz- und Metallindustrie würdig an die Seite stellen können, wurde durch die schiefe Handlungsweise der Kirche noch genährt und gegen unsere Organisation in Anwendung gebracht. Wenn die Scharfmacher aber glauben, daß man uns mit derartigen Mitteln unterkriegen könne, so sind sie gewaltig auf dem Holzwege, wir werden unbeirrt unsere Ziele weiter verfolgen und lassen uns weder von den scharfmacherischen Arbeitgebern noch von den Arbeiterverrat übbenden und streikbrechenden Kirche davon abhalten. Der gesunde Sinn der Arbeiter wird und muß das zu Wege bringen, was von uns erstrebt und geschaffen werden muß.

Gegen Schluß des Jahres haben wir in Halle den am 1. April 1907 ablaufenden Tarif auf ein weiteres Jahr verlängert. Einige von uns beantragte Änderungen und Ergänzungen wurden vor dem Gewerbegericht, das als Einigungsamt funktionierte, in den Tarif aufgenommen.

Wenn wir nun die Resultate der im 7. Bezirk im Berichtsjahre stattgefundenen Lohnbewegungen zusammenfassen, so ist der Gewinn doch ein bedeutender. Die meisten Tarife wurden ohne Kampf abgeschlossen, was in der Hauptsache auf die planmäßige Vorbereitung und Inszenierung zurückzuführen ist. In der Provinz Sachsen treffen wir fast in jedem Orte einen Arbeitgeberverband an, in Thüringen ist man gegenwärtig auf dem besten Wege, solche zu gründen.

So werden von Jahr zu Jahr größere Anforderungen an die Organisationen der Arbeiter sowie an jeden einzelnen gestellt, deshalb müssen die Organisationen ausgebaut und leistungsfähig gestaltet und die Aufklärung und Disziplinierung der Kollegen energisch und zielbewußt betrieben werden, der Klassenkampf erfordert ganze Männer. Erziehen wir sie!

Tarife sind im Bezirke in folgenden Orten abgeschlossen:

- Delitzsch, Eisenberg, Gera, Halle, Halberstadt, Jena, Amernau, Magdeburg*, Naumburg, Nordhausen, Nuhla, Salzingen, Saalfeld und Wetmar.

Lohn- und Arbeitsverhältnisse auf den Bauten Berlins und der Vororte 1907.

Die Zahl der Bauten erreichte nicht den Stand des letzten Jahres. Dies erklärt sich in dem Niedergang der wirtschaftlichen Prosperität, der seine Vorboten schon auf dem Baumarkte erscheinen ließ. Andererseits wirkte auch der hohe Zinsfuß der Baugelder lähmend auf die Bautätigkeit. Eine immerhin befriedigende Bautätigkeit herrschte im Zentrum Berlins sowie in den westlichen Vororten.

Die Bautenkontrolle erstreckte sich auf 419 Bauten und 5 größere Privatarbeiten, welche sich wie folgt verteilen: Berlin 131, Wilmersdorf, Steglitz usw. 76, Charlottenburg usw. 73, Schöneberg usw. 30, Fitzdorf usw. 74, Nimmelsburg usw. 26, Pantow usw. 14.

Schon diese Zahlen lassen erkennen, daß die größte Berufstätigkeit unserer Kollegen in den Vororten ausgeübt wird. Berücksichtigt man außerdem, daß die Bautätigkeit Berlins sich hauptsächlich an der Peripherie bewegt, so trifft dasjenige zu, was die Bauhandwerker — gelegentlich der Tarifverhandlungen — hervorhoben: daß die Arbeitszeit im Bauberufe sich auf durchschnittlich 11-12 Stunden täglich erstreckt. Nominell arbeiten die Kollegen auf 352 Arbeitsstellen 9 Stunden.

* Nur mit der freien Innung abgeschlossen.

Eine 8 1/2stündige Arbeitszeit wurde 25mal, desgleichen 47mal die 7stündige vermerkt. Der Zeit und dem Sinne der Tarifvereinbarung gemäß, hätte an dem Termin der Kontrolle die normale Arbeitszeit durchweg Platz greifen müssen. Wo eine kürzere Arbeitszeit konstatiert wurde, hatten einige Unternehmer — unter Führung der „Berlin. Maler-Zeitg.“ — die schrieb: „Vom 1. März ist die Arbeitszeit die volle 9stündige. Kürzere Arbeitszeit ist statthaft“ — es verstanden, eine Lücke im Tarif für sich auszunützen. Vorerwähnte Auslegung ist unseres Erachtens durchaus nicht mit dem Sinn des Tarifs in Einklang zu bringen. In den Fällen, wo die Organisation eingriff, erklärte man uns: „Wir sind auf der vollen Arbeitszeit bestanden, so müssen von Ihren Kollegen einige entlassen werden.“ Die Arbeitslosigkeit noch zu vermehren, konnte nicht unsere Aufgabe sein, deshalb mußten wir in diesem Falle den Dingen freien Lauf lassen. Jedoch wird diese Praxis Material für die Gestaltung der zukünftigen Tarife bieten.

Beschäftigt wurden auf den Kontrollstellen 2852 Kollegen, von denen sich 2302 als Verbandsmitglieder legitimierten. Außerdem wurden noch 43 Lokalverbändler und 9 Angehörige des christlichen Verbandes gezählt. Waren im Jahre 1905 durchschnittlich 69,12 Proz. der auf Bauten beschäftigten Kollegen Angehörige unseres Verbandes, so waren es 1906 77,46 Proz. und dieser Prozentsatz stieg noch in dem Zeitraum der Berichterstattung auf 80,75 Proz. Dadurch wird ein erfreuliches Erstarren der Organisation zum Ausdruck gebracht.

Neben der Lohnarbeit, die auf fast allen Arbeitsstellen vorherrschte, wurden auf 108 Bauten außerdem noch Arbeiten in Akkord ausgeführt, die sich in der Hauptsache auf Fensterantrieb erstreckten. In einigen Fällen waren auch die Unternehmer dazu übergegangen, Fußböden, Türen und Decken in Stücklohn zu vergeben. Nur auf den Bauten der Firma Nowakowski war bei keinemwegs sehr verlockenden Preisen fast ausschließlich Akkordarbeit zu verzeichnen. Auf dem Bau Schreinerstraße 22, den die Firma Dageborn ausführte, wurde konstatiert, daß bei Akkordarbeit, entgegen dem § 4 des Tarifs, nur der verdiente Lohnsatz zur Verrechnung gelangte.

Sind die Forderungen unserer Berufs Kollegen auf Schutz von Leben und Gesundheit und Einhalt der immer mehr um sich greifenden Berufskrankheiten durch die Bundesratsverordnung nur zum Teil realisiert worden, so ist doch noch zu konstataren, daß selbst dieser unzureichende Arbeiterschutz vielfach den Kollegen noch vorenthalten wird. Abgesehen von einigen Fällen, wo Fahrlässigkeit vorlag, scheint aber doch in den weitaus meisten Fällen System zu liegen. Unbequem — ja ein Dorn im Auge sind den Unternehmern auch die kleinsten Maßnahmen, die bei strengster Durchführung die Arbeiter vor frühzeitigem Tod oder dauerndem Siechtum bewahren. Die ganze Lage Handhabung der sozialpolitischen Gesetzgebung wird in der Tat durch nachstehende Uebersicht äußerst charakteristisch illustriert:

78mal waren die Kollegen gezwungen, die Farben- und auch als Umkleideraum zu benutzen. Gänzlich fehlte jegliche Wäschegelegenheit auf 14 Arbeitsstellen; auf 5 Kontrollstellen war dieselbe so mangelhaft, daß es dem Entbehren von Seife und Waschgeschloß gleichkam. Außerdem wurde wiederholt gemeldet: Die nach dem Tarif als Wascheimer zu kennzeichnenden Eimer dienen nicht ausschließlich vorgenanntem Zwecke — sondern wurden in Ermangelung der notwendigen Utensilien auch zu Arbeitszwecken verwendet. Auch der Zustand, der nicht vereinzelt bestand, daß 12 Kollegen und mehr sich in einem Eimer — ohne Erneuerung des Wassers — reinigten, kann durchaus nicht als einwandfrei gelten.

Die Frage: „Sind Bürsten und Handtücher vorhanden?“ wurde 320 bzw. 316mal bejaht und fiel in 103 resp. 107 Positionen im verneinenden Sinne aus. Auf unbillige Zustände waren wir schon gefaßt, aber die gekennzeichneten Zustände überboten noch weit das Material der letzten Kontrolle. Trotzdem die Bundesratsverordnung bereits seit dem 1. Januar 1906 in Kraft ist, ist es höchst bedauerlich, festzustellen: Auf zirka ein Viertel sämtlicher Arbeitsstellen haben diese Vorschriften in den wichtigsten Punkten noch keine Beachtung gefunden!

Wir gaben uns nur keineswegs der Hoffnung hin, es bedürfte nur eines „Erlasses“, um mit einem Male einwandfreie Verhältnisse zu schaffen. Davon sind wir weit entfernt. Wie bei jeglichem Arbeiterschutz, so auch hier, hat man nicht nur offenen Widerstand dem entgegen gesetzt, sondern man ist dazu übergegangen, die gesetzlichen Bestimmungen in verschleierte und versteckte Form zu hintergehen. Die Praxis einiger Firmen geht so weit, Handtücher nur auf ausdrückliches Verlangen zu verabfolgen. Weiter wird die Einhandigung von der Hinterlegung eines Pfandes, das sich in der Höhe von 50 s bis 1.50 s bewegt, abhängig gemacht. Dieses steht im strikten Widerspruch zu der Verordnung, welche besagt, daß diese Gegenstände „zur Verfügung gestellt werden“ müssen. Andererseits ist man dazu übergegangen, eine „Ablösung“ von 5-10 s für die Lieferung bzw. Reinigung der Handtücher zu zahlen. Obgleich auch diese Methode keineswegs einwandfrei ist, da — wie schon angeführt wurde — der Unternehmer verpflichtet ist, für die Reinigung aufzukommen, so stehen diese Unternehmer noch immer sehr vorteilhaft von denjenigen ab, die sich überhaupt weigern, die Handtücher reinigen zu lassen, mit der Motivierung, daß die Reinigung nicht im Geleze vorgeesehen sei. Dem dreist zugestimmt, so ist doch für jeden Einsichtigen klar — soll die Bundesratsverordnung Sinn und Nutzen für die Allgemeinheit haben — daß es eigentlich selbstverständlich sein sollte, die Handtücher periodisch auszuwechseln.

Diese erschwerenden Praktiken können durchaus nicht im Sinne des Gesetzgebers gesehen haben, denn zweifelsohne wird die Bedeutung des Gesetzes durch derlei Maßnahmen sehr eingeengt — wenn nicht gänzlich ausgeschaltet. Auch dort, wo die Handtücher geliefert werden, wurde gemeldet, daß dieselben „äußerst primitiver Natur“ waren. Von andern kontrollierten Arbeitsstellen heißt es: „Es werden für 15 Kollegen nur 4 Handtücher geliefert, an eine Reinigung derselben wird nicht gedacht.“ Ober: „Für 12 Kollegen sind nur 4 Handtücher vorhanden. Die Bürsten fehlen überhaupt.“ Bezüglich der Arbeiten auf Bauten wird von einer Großfirma bestimmt: „Wer

ein Handtuch resp. Bürste haben will, hat sich dieses von der Werkstelle gegen Hinterlegung eines Pfandes von 1 M abzuholen." Dasselbe Manöver wiederholt sich, sobald es sich um die Auswechslung der schmutzigen Handtücher handelt. Eine andere größere Werkstelle erhob gleich Pfand für 2 Handtücher und 1 Bürste von 1.50 M. Angesichts solcher schreienden Mißstände rückt das Verbot der Verwendung von Bleifarben in das Stadium der dringenden Notwendigkeit. Wie bei allen übrigen Arbeiterschutzesetzen kann der laxen Handhabung nur entgegen getreten werden, wenn die Kontrolle der einschlägigen Verhältnisse durch von den Arbeitern gewählte Funktionäre erfolgt. Keineswegs kann uns beirren, wenn das offizielle Organ der Berliner Handwerkskammer in Nr. 15, S. 160, mit Behagen der Neuperung eines Regierungsvertreters zustimmt: "Warum die Berufsgenossenschaften (1) Arbeiter als Baukontrollen nur einmal nicht wollen, das haben sie im Laufe der Jahre hundertfach nachgewiesen. Der hauptsächlichste Grund besteht darin, daß sie von der Übertragung der Baukontrolle oder eines Teiles derselben, mit Recht eine Beeinträchtigung des Arbeiterschutzes, für den sie bisher so viel getan haben (sic!) befürchten. Bauaufsicht ohne hinreichende technische Vorbildung, welche lediglich die praktische Erfahrung des Arbeiters besitzen, würden nicht in der Lage sein, eine einigermaßen zureichende Kontrolle auszuüben," sagte mit Recht (?) ein Bundesratsvertreter in der XI. Kommission des Reichstages im Jahre 1906."

Auch die umfangreiche Verwendung von Terpentin-Surrogaten scheint zu einer dauernden geworden zu sein. Spontan entsprang diese seinerzeit dem hohen Preisstand des Terpentins. Obgleich nunmehr letzterer schon längst nicht mehr den hohen Stand notierte, ist bei dieser Enquete nichts von einer Verminderung der Verwendung von Benzol- und Petroleum-Präparaten zu konstatieren gewesen. Auf ganzen 23 Bauten verwendete man nur ausschließlich Terpentin. Dagegen wurde bei der weitaus größten Anzahl, bei rund 236, die Verarbeitung von „Ersatz“ gemeinsam mit Terpentin vorgefunden. Hierbei ist zu berücksichtigen, daß in ausgedehntem Maßstabe zu Anstrichzwecken ausschließlich Ersatz verwendet wurde und nur in den minimalsten Fällen Terpentin zur Verwendung gelangte.

In den Bülletten wurden ferner 75 Bauten erwähnt, wo neben Firnis allein mit „Ersatz“ die Verdünnung bestritten wurde, desgleichen von 7 Arbeitsstellen, wo an Stelle des „Ersatzes“ — Kienöl — trat. Als Kuriosum und zugleich charakteristisch, mit welchem La Material die Ausführung der Arbeiten bewerkstelligt wurde — dürfte die Tatsache der Verwendung von Petroleum — sprechen. Gleich dem Weißblei ist die Verwendung von Petroleum- und Benzol-Surrogaten für den menschlichen Organismus überaus schädlich. Die stete Zunahme der Nervenerkrankungen und Hautkrankheiten dürfte zweifellos ohne ebenfalls mit auf das Konto vorgenannter Substanzen zu setzen sein.

Obgleich ein erfreuliches Erstarken der Organisation in den letzten Jahren sich zeigte, so ist äußerst bedauerndwert, daß der Gedanke des Arbeiterschutzes und der strikten Durchführung der Tarifvereinbarungen noch lange nicht die dem zutreffende Beachtung innerhalb der Kollegenkreise gefunden hat.

Es soll durchaus nicht verkannt werden, daß das vorhandene Kleinmeisterium ein großes Hindernis für die Entfaltung einer wirklichen Sozialpolitik bedeutet. Nicht mit Unrecht hat man diesen mancherleiartigen Junkslingel an kompetenter Stelle als die rückständigsten Elemente auf diesem Gebiete bezeichnet. Wie ist es sonst auch anders zu verstehen, daß der Lohn im Gegensatz zur Gewerbeordnung noch in einer Kneipe ausbezahlt wird. Ebenfalls, trotz gegenteiliger Verordnung war das Arbeiten bei offenem Kofsfener anzutreffen. Weiter — 16 Meister suchten sich nach unsern Feststellungen um das Jahrgeld herumzudrücken.

Die Notlage und Unwissenheit einiger Kollegen wußten einige Unternehmer sehr gut für sich in Anspruch zu nehmen, indem sie Kollegen — wenn auch in Ausnahmefällen — zu einem Stundenlohn von 40 bzw. 50 S berechneten. Ebenfalls ein „Arbeiter“, der dauernd mit Anstricharbeiten beschäftigt war, erhielt den horrenden Wochenlohn von 22 M.

Durch engste Anlehnung an die Organisation und durch Wesperechung dieses Materie in den Bezirks- und Werkstellenversammlungen kann sehr vieles zur Gesundung bestehender abnormer Verhältnisse beigetragen werden. Ueberhaupt ist der Ausbau vorgenannter Veranstaltungen mehr denn je von den Kollegen ins Auge zu fassen. Denn nur in der Festigkeit und der Stabilität liegt die Stärke der Organisation.

Gewerkschaftliches und Soziales.

— Zur Aussperrung im Gießener Zigarrenindustriebezirk. Am 25. Mai d. J. verlangten die in Gießen und Umgegend wohnenden und im Verband der Tabakindustriellen organisierten Zigarrenfabrikanten von ihren Arbeitern und Arbeiterinnen den Austritt aus dem Deutschen Tabakarbeiter-Verbande mit der ausdrücklichen Erklärung, wer austritt, kann weiter arbeiten, wer nicht austritt, muß in 14 Tagen aufhören. Die Arbeiter und Arbeiterinnen blieben ihrer Organisation treu, darauf wurden am 8. Juni über 1000 Arbeiterinnen und über 100 Arbeiter ausgesperrt. Dieser brutale Gewaltakt muß von der gesamten Arbeiterschaft zurückgewiesen werden. Schon in die fünfte Woche tobt der Kampf der sehr reichen Zigarrenfabrikanten gegen die organisierten Tabakarbeiter, welche um ihr Koalitionsrecht kämpfen. Das Gießener Gewerkschaftsamt hat infolgedessen beschloffen, den Vorkott über die Fabrikate der Gießener Tabak- und Zigarrenfabrikanten zu verhängen.

Wir eruchen deshalb unsere Genossen und Freunde, überall ein wachsameres Auge zu haben und die Fabrikate jener unterdrückungs- und ausbeutungswütigen Fabrikanten zurückzuweisen.

— Zur Bauarbeiterbewegung. In Berlin haben die letzten Baukontrollen folgendes Resultat ergeben: Auf 1109 Bauten mit 4730 Maurern sind die Forderungen der Organisation bewilligt worden. Nicht anerkannt wurde der neue Tarif auf 314 Bauten mit 1358 Maurern, jedoch

ist auf 48 von ihnen mit 662 Maurern die Arbeitszeit um eine halbe Stunde, auf 8 1/2 Stunden, verkürzt worden. Unter den bewilligten Baufirmen befinden sich auch 48 Mitglieder des Arbeitgeberverbandes im Baugewerbe.

In Erfurt dauert der Kampf schon 10 Wochen und noch ist keine Aussicht vorhanden, daß er beigelegt werden könnte. Die Zahl der streikenden Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter beträgt 2000. Arbeitswillige sind insgesamt 250 vorhanden. An den auswärtigen Kollegen aller drei Berufe wird es daher mit liegen, wenn ihre um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen kämpfenden Kollegen nicht unterliegen sollen, denselben den Rücken frei zu halten und trotz aller Verlockungen Erfurt als Arbeitsort zu meiden, so lange der Kampf nicht beendet ist. Bezug ist daher nach wie vor streng fernzuhalten.

— Der Streit der Seelente ist beendet, nur in den Ostseehäfen haben die Seelente Erfolg errungen. Doch nicht umsonst werden die Kämpfe geführt sein, wenn sich die Seelente nur noch fester ihrer Organisation anschließen.

— Die Lebensmittelpreise steigen noch immer. Nach der von der „Statist. Korresp.“ veröffentlichten Tabelle haben im Juni die Getreidepreise einen Stand erreicht, wie sie ihn seit Jahren nicht mehr hatten; auch die Fleischpreise beginnen wieder teilweise in die Höhe zu steigen. Der Weizen kostete im Juni d. J. im Durchschnitt aller Markorte 206 M für 1000 Kilogramm gegen 202 M im Mai d. J. Am teuersten war der Weizen mit 218 M in Coblenz, am billigsten mit 198 M in Frankfurt a. O. Der Durchschnittspreis des Roggens ist von 192 auf 200 M gestiegen. Am billigsten war der Roggen mit 189 M in Breslau, am teuersten mit 214 M in Paderborn. Der Durchschnittspreis der Gerste betrug 173 M gegen 170 M im Mai d. J. Der Hafer hat seinen Durchschnittspreis von 192 auf 197 M erhöht. Der Durchschnittspreis der Kartoffeln ist von 71,1 auf 79,0 M gestiegen. An verschiedenen Orten ist der Kartoffelpreis bereits über 100 M für 1000 Kilogramm gestiegen, z. B. bis zu 107 M in Nachen. Das Rindfleisch hat im Großhandel seinen Durchschnittspreis von 1270 auf 1280 M für 1000 Kilogramm erhöht. Bromberg hatte eine Preissteigerung um 90 M, Kiel eine solche um 136 M, während Stettin eine Preisermäßigung um 50 M zeigte. Im Kleinhandel ist Rind- und Kalbfleisch um 1 S für das Kilogramm billiger geworden, während Hammelfleisch und Schweinefleisch ihren vormonatlichen Preis behauptet haben. Das Schweinefleisch zeigt bereits wieder an 6 Orten eine Preissteigerung, die bis zu 12 S in Kiel und 13 S in Posen ging. Speck ist um 2 S, Butter um 7 S billiger geworden. Das Schmalz hat seinen Preis nicht verändert. Das Roggenmehl ist an 5, das Weizenmehl an 4 Orten teurer geworden, während je ein Ort eine Preisermäßigung hatte. Der Durchschnittspreis für Mehl hat sich jedoch nicht geändert.

Gerichtliches.

Hamburg. Der für das Hamburger Malergewerbe abgeschlossene Tarif kann im allgemeinen nach seinem Wortlaut beurteilt als klar und übersichtlich gelten, im Vergleich zu vielen andern in unserm Gewerbe gültigen Lohnverträgen. Und trotzdem werden wir aus nachstehendem ersehen, welche Scherezen unsern Kollegen bereitet werden können, wenn man mit „guten Nachbarn“ zu rechnen hat, die aus purer Schitane Wortklauber treiben wollen.

Der Malergehülfe B. arbeitete vom Juli 1902 bis 25. März 1907 beim Malermeister K. gegen einen Stundenlohn von 65 S. Im vorigen Jahr hat er am Altonaer Hauptbahnhof Leiterarbeiten von insgesamt 351 Stunden ausgeführt. Ebenso war er 92 Tage in Rothenburgsort und Tiefstach, aber in Akford tätig gewesen. Der Kollege beanspruchte im ersten Fall 5 S pro Stunde Aufschlag, im zweiten den Fahrpreis, in Höhe von 30 S pro Tag vergütet zu erhalten, was der Meister ablehnte. Darauf stellte er den Klageantrag, K. kostenpflichtig zu verurteilen, ihm 27.15 M zu zahlen.

Zur Begründung seines Anspruchs hat der Kollege auf § 2 d Satz 2 und § 8 des geltenden Tarifs hingewiesen, dessen Vorschriften für ihn und auch für den Beklagten, der vom Obermeister vertreten wurde, maßgeblich und bindend sind. Daher rechtfertigte sich auch die Forderung. Der Beklagte beantragte Abweisung der Klage unter folgendem Einwand:

1. Der § 2 d Satz 2 beziehe sich nur auf Fassadenarbeiten, um die es sich hier nicht handelt, er bitte darüber Sachverständige zu vernehmen. Ferner habe der Kläger auch auf einer „Magirusleiter“ die Arbeiten ausgeführt und diese sei ein „sechstes Gerüst“, keine Leiter. Außerdem aber habe er dem Kläger sofort bei Ausführung der Arbeiten auf dessen Frage, wie es mit dem Aufschlag stünde, erklärt, diesen zahle er nicht. Trotzdem habe Kläger weiter gearbeitet, sich also mit dem Wegfall des Aufschlages einverstanden erklärt.

2. Falls die Forderung des Klägers weg, weil § 8 des Tarifs nicht Akfordarbeiten umfasse. Er habe dem Kläger aber auch ausdrücklich gesagt, daß das Jahrgeld im Akfordpreis einbegriffen sei.

In dieser Angelegenheit wurden dann auf Beweisbeschluss hin am 27. Mai d. J. zwei Zeugen vernommen.

Das Gewerbegericht verurteilte den Beklagten, 27.15 M dem Kollegen B. zu zahlen und die Kosten des Rechtsstreits zu tragen. Es war der Ansicht, daß der § 2 d Satz 2 des Tarifs nach der Wortausfassung dieses Paragraphen ganz allgemein gilt und sich nicht bloß auf Fassadenarbeiten bezieht. Auch hat der sachverständige Zeuge T., nachdem er vom Beklagten befragt worden war, erklärt, er fasse ebenfalls die Tarifbestimmung ganz allgemein auf. Doch selbst wenn dem Text des Tarifs nach sich Satz 2, wie auch Satz 1, nur auf Arbeiten an Fassaden bezöge, so mußte doch in andern Fällen — bei nicht Fassadenarbeiten — hier wie auch bei Satz 1 ein Analogon (ein ähnlicher Fall) zu der Vorschrift des Tarifs gebildet werden. Es ist anzunehmen, daß man bei Abfassung des Tarifs nicht gerade auf die Fassadenarbeiten Wert legte, und für diese ein Privileg schaffen wollte, vielmehr auf die Mittel der Ausführung (von Hängestellagen usw.) Wert legte, für welche wegen der erhöhten Gefährlichkeit das Arbeiten an ihnen ein Aufschlag bewilligt werden sollte. Man sprach

bei Abfassung dieses Paragraphen darum gerade von Fassadenarbeiten, weil dies der Hauptfall ist, der für die Anwendbarkeit der Hängestellagen in Betracht kommt. Für einen Sachverständigenbeweis war hier kein Raum, da es sich lediglich um eine Interpretation (Auslegung) des Paragraphen handelt.

Daß entgegen der Tarifbestimmung sich eine Wianze der von ihm behaupteten Auffassung gemäß gebildet habe, hat Beklagter nicht vorgetragen. Der Absatz 2 des § 2 d gilt auch für jede Art Leiter, von denen er ganz allgemein spricht. Ebenso ist § 8 des Tarifs auch bei Akfordarbeiten anwendbar, da der Tarif ein Lohn- und Arbeitstarif ist, selbst von Akfordarbeiten spricht (§ 3) und der § 8 allgemein ohne jedwede Einschränkung gefaßt ist. Nach den Bestimmungen des Tarifs, den Beklagter an sich anerkennt, ist somit der Klägerische Anspruch begründet. Beweis für seinen Einwand, daß in diesem besonderen Falle ausdrücklich vereinbart sei, daß kein Aufschlag und kein Jahrgeld bezahlt werde, hat Beklagter nicht erbracht. Dilem eingehenden Entscheld ist nichts anzufügen, er trifft den Nagel auf den Kopf. Bedauerlich ist nur, daß selbst der Obermeister, der persönlich die ganzen Tarifverhandlungen geleitet hat, so von der Interpretation der einzelnen Positionen durchdrungen ist, wie er es, nach obigem Vorgehen zu urteilen, nicht sein sollte. Auch ihm liegt doch die Verpflichtung ob, für die richtige Handhabung und gesunde Beurteilung der Tarifbestimmungen einzutreten und seine Herren Kollegen zu ermahnen, in allererster Linie den gemeinverständlichen Vereinbarungen ohne Wortklauber nachzukommen. Unsere Kollegen aber ersehen hieraus, wie notwendig es ist, ständig auf dem Posten zu sein und sich rechtzeitig vor Schaden zu sichern.

Literarisches.

Von der Neuen Gesellschaft, (Herausg. Dr. Heinrich Braun und Lily Braun, Verlag: Berlin NW. 6, Charitéstraße 3. Verbandsbuch des Deutschen Metallarbeiterverbandes. Preis für das Einzelheft 10 S, Probehefte kostenlos) ist soeben das 2. Heft vom 5. Band erschienen, das folgenden Inhalt hat: Baummeister Ludwig Feuß: Groß-Berlin am Großschiffahrtsweg Berlin-Stettin. — Wilhelm Schröder: Gewerkschaften und Konsumvereine. — Max Maurenbrecher: Der Arbeiter und die Kirche. — Gewerkschaftliche Umschau. — Lily Braun: Die Ehe auf der Klagebank. — Ernst Schur: Die Ausstellung der Sezession 1907. — Josef Luitpold: Sommerachtsstimmen. — Glossen.

Soeben beginnt der 2. Halbjahrgang der illustrierten Romanbibliothek „In Freien Stunden“ zu erscheinen. „In Freien Stunden“ erscheinen in Wochenheften à 10 S gleich 12 Heller gleich 15 Cent., und können die Hefte in jeder Parteibuchhandlung und bei jedem Kolporteur bestellt werden. Ebenfalls nimmt jede Postanstalt Bestellungen entgegen. Preis pro Quartal 1.20 M exkl. Postgebühren.

„Blut und Eisen“. Ueber Militarismus, Krieg und Kriegerium und dessen verderblichen Einfluß auf das Kulturleben der Völker in alter und neuer Zeit belehrt uns das von der Buchhandlung Vorwärts unter obigem Titel herausgegebene Werk. In jeder Woche erscheint eine reich illustrierte Lieferung zum Preise von 20 S (in Deutschland 24 Heller), die durch jede Buchhandlung bezogen und von Kolporturen geliefert wird.

Soeben erschien im Verlage der Vorwärtsbuchhandlung zu Berlin Heft 13 der „Arbeiter-Gesundheitsbibliothek“, Dr. S. Munter, „Das Wasserheilverfahren“ in der Gesundheitspflege des Arbeiters. Der Preis des Heftes beträgt 20 S — 24 Heller — 30 Centimes — und kann dasselbe von allen Parteibuchhandlungen und Kolporturen bezogen werden.

Soeben erschien: Die Alkoholfrage und ihre Lösung. Von Dr. med. Georg Reberstein. (6. bis 10. Tausend.) 20 S. 8°. Preis 10 S. Vom gleichen Verfasser: Moderne Arbeiterbewegung und Alkoholfrage. 44 S. 8°. Preis 20 S. In Partien billiger. Verlag: Deutscher Arbeiter-Abstinenzbund, Johannes Michaelis, Berlin S. 42, Luisenufer 55. Wir glauben, unsern Lesern und vor allem den Bibliothekaren keinen besseren Rat geben zu können, als die Schriften selbst zu lesen.

Soeben erschien: „Wie wird man Abstinenz?“ Eine kleine Schrift für denkende Arbeiter von Josef Mayr-Konalski. (1. bis 10. Tausend.) 24 Seiten 8°. Preis 10 S. In Partien billiger. Verlag: Deutscher Arbeiter-Abstinenzbund, Johs. Michaelis, Berlin S. 42, Luisenufer 55.

Verband deutscher Mühlenarbeiter. Protokoll des 9. Verbandstages, abgehalten vom 19. bis 22. Mai 1907 in Mainz. Preis 20 S.

Zweite internationale Konferenz der im Straßenbau beschäftigten Arbeiter, abgehalten am 17. Februar 1907 im Volkshaus zu Leipzig. Herausgegeben vom Internationalen Sekretariat: A. Knoll, Berlin. Preis 20 S.

Zentralverband der Schiffszimmerer Deutschlands. Protokoll der 10. Generalversammlung vom 14. bis 18. April 1907 zu Hamburg.

Arbeiter-Bildungsverein „Eintracht“ in Zürich (gegründet 1841). Jahresbericht über seine Tätigkeit im Jahre 1906.

Arbeitersekretariat Frankfurt a. M. 8. Jahresbericht für 1906 nebst Jahresbericht des Gewerkschaftssekretärs und einem Anhang: Frankfurter Haushaltungsrechnungen. Verlag der Buchhandlung „Volksstimme“.

Handelshochschule Berlin. (Begründet von den Vorfahren der Kaufmannschaft zu Berlin.) Vorlesungen und Übungen im Wintersemester 1907/08. Verlag von Georg Reimer, Berlin W. 35. Preis 30 S.

Verbrechen und Prostitution als soziale Krankheitserscheinungen. Von Paul Hirsch. Zweite völlig umgeänderte und vermehrte Auflage. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68. Broschiert 2 M, geb. 2.50 M.

Zeitschrift für Holzarbeiter. Heft 7 (Juliheft) des zweiten Jahrgangs. Herausgegeben vom Deutschen Holzarbeiter-Verband, Stuttgart. Das für alle Holzarbeiter empfehlenswerte Zeitschrift erscheint am 15. jeden Monats und ist gegen 1 Mark pro Vierteljahr bei allen Postanstalten und den Verwaltungsstellen des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes zu abonnieren, sowie beim Verlag, Stuttgart, Adlerstr. 43.